

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktion:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4195/4196



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Doko-Alliance-Platz 6
Druckerei: Spandauer

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung möglich. Abdruckung außerhalb 4 Bogen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet. 2. Auflage 1931 in Berlin.

Berlin, den 15. Oktober 1931.

Vor der Entscheidung.

Um was geht der Kampf?

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Noch ist der Ausgang der Abstimmung über das Schicksal des Kabinetts Brüning ungewiss. Völlig klar aber ist das Ziel, das die Reaktion durch seinen Sturz erstrebt. Hatte schon die Debatte des ersten Tages Klarheit über die politischen Absichten der Harzburger Front gebracht, so ist sie am zweiten Tage durch Herrn Dingeldey, dem Führer der Deutschen Volkspartei, noch verstärkt worden. Die Regierung Brüning hat eine mittlere Linie verfolgt. Sie hat den Forderungen der Unternehmer nicht bedingungslos Folge geleistet, sie befindet sich in immer stärkerer Abhängigkeit von der Sozialdemokratie. So argumentierte Dingeldey, um zu der Schlussfolgerung zu kommen, die nationale Regierung der Rechten müsse nun ernsthaft ans Ruder gebracht werden.

Leicht ist es Herrn Dingeldey nicht gefallen, diesen Gedankengang plausibel zu machen. Dauernd fürchtete er den Einwand, die Deutsche Volkspartei sei doch bisher aktiver Teilnehmer dieses Kabinetts gewesen, den Einwand, sie habe seit 1923 ununterbrochen an allen Regierungen am Reiche mitgewirkt und sei doch deswegen schliesslich nicht ganz unbeteiligt und mitverantwortlich für alle politischen Entscheidungen. Noch stärker aber scheint Herr Dingeldey von der Rücksicht geleitet worden zu sein, er dürfe doch nicht gar zu offen sagen, welches die wirklichen Beweggründe der hinter der Volkspartei stehenden Kreise der Schwerindustrie bei ihrem Schrei nach der nationalen Reaktion sind. So kam denn schliesslich nur eine halbe Offenheit zustande, die aber vollkommen genügt.

Wichtig ist vor allen Dingen ein Punkt, über den Herr Dingeldey nichts gesagt hat. Alle Redner vor ihm und nach ihm haben über Inflation gesprochen, und entweder hoch und heilig beteuert, es dürfe keine neue Inflation geben oder versichert, sie kämpften gegen eine neue Inflation. Das Schweigen des Herrn Dingeldey ist das stillschweigende Eingeständnis, dass die Gerüchte der letzte Zeit, die Schwerindustrie habe von der Deutschen Volkspartei den Sturz des Kabinetts Brüning verlangt, weil es sich den Absichten auf Erschütterung der Währung entgegenstelle, berechtigt sind, Enteignung der Sparer, Abwälzung der Steuern, Konfiskation der Löhne und Gehälter, das sollen die Meilensteine auf dem Wege zur Herrschaft der Schwerindustrie und der Grossagrarien sein.

Offener war Herr Dingeldey als er die einzelnen politischen Handlungen der Regierung Brüning kritisierte. Bitter beklagte er sich darüber, dass die Regierung dauernd vor den politischen Hemmungen zurückwich, die die Sozialdemokratie aufgerichtet habe. Er klagte die Regierung an, dass sie unter dem Druck der Sozialdemokratie die Juni-Notverordnung bezüglich des Tarifrechts der Gemeindefunktionäre und der ursprünglich beabsichtigten Lohnsenkung nicht durchgeführt habe, dass sie die beabsichtigte Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ebenfalls unter dem Druck der Sozialdemokratie nicht durchgeführt hätte. Jedesmal wenn ein Abweichen von dem Programm der Regierung festzustellen war, sei es unter dem politischen Einfluss der Sozialdemokratie

erfolgt.

Wir können Herrn Dingeldey zwar nicht zugeben, dass seine Anklagen in vollem Umfange berechtigt sind. Zu zahlreich sind die Massnahmen, die die Regierung einseitig, ungerecht gegen die breiten Massen der Bevölkerung durchgeführt hat. Nur in einem hat Herr Dingeldey recht: die Sozialdemokratie war und ist wachsam bei der Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse gewesen. Sie hat manche Massnahme der Reichsregierung beeinflusst. Sie hat vieles verhütet, was die Lage der unteren Volksschichten verhängnisvoll beeinflusst hätte, und wenn sie auch nicht alles hat abwehren können, so hat sie doch manches abgeschwächt.

Den Kernpunkt der Anklage Dingeldeys gegen Brüning aber bildete sein angebliches Versagen in der Lohnfrage. Bitter beschwerte er sich, dass das tüchtige und uneigennützig und nur auf das Wohl des Volkes bedachte Unternehmertum durch staatssozialistische Einflüsse in Fesseln gelegt worden sei. Freiheit der Lohngestaltung, Beseitigung des Tarifrechts seien die wichtigsten Voraussetzungen um das deutsche Wirtschaftsleben wieder hoch zu bringen. Aber selbst Herrn Dingeldey, diesem kleinen Nachfolger eines grossen Vorgängers, schien doch bewusst zu sein, dass in einem Volk, das zu neunzig Prozent aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, die nur durch den Schutz ihrer wirtschaftlichen Vereinigungen sich eine ausreichende Lebenshaltung sichern können, die skrupellose Freiheit des kapitalistischen Unternehmertums und die sklavische Abhängigkeit der besitzlosen Volksschichten keine zündende Parole für eine politische Partei darstellen. Und so musste Herr Dingeldey erst durch Zwischenrufe gezwungen werden, diesen positiven Bestandteil seines Programms offen zu verkünden, den er viel lieber im tiefsten Innern seines Herzens verborgen hätte.

So ist der Sinn der Entscheidung, die am Freitag fallen wird, völlig klar. An der Seite der nationalen Opposition kämpft alles, was gegen politische Freiheiten und soziale Rechte des Volkes ist. "Die nationale Koalitionsregierung wird nichts anderes sein als die nackte Diktatur des Schwerekapitals und der Grossagrarien zur Verteidigung des kapitalistischen Profits und zur Niederschlagung der Arbeiter." So stand es vor einigen Tagen in einem kommunistischen Blatt. Diese Diktatur zu bekämpfen, das werktätige Volk zu schützen vor Nationalisten und Kommunisten, das ist die Aufgabe und die Absicht der Sozialdemokratie.

SPD. Mexiko-City, 15. Oktober (Eig. Dr.)

Der frühere mexikanische Staatspräsident Calles wurde mit Rücksicht auf die gespannte politische Lage am Donnerstag zum Militärdiktator ernannt. Das mexikanische Kabinett ist inzwischen zurückgetreten. Es wird der Ausbruch einer Militärrevolte befürchtet.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Donnerstag einen kurzen Bericht über die politisch-parlamentarische Lage entgegen. Im Verlauf der Sitzung wurde festgestellt, dass die Zentrumsfraktion an ihrem Beschluss, keine Rechtsregierung zu tolerieren, unter allen Umständen festhalten wird. Die Unterstreichung dieses Beschlusses erfolgte, nachdem der Wirtschaftspartei von rechts die Mitteilung zugegangen war, dass nach einem eventuellen Sturz von Brüning nicht Hugenberg, sondern der frühere Reichswehrminister Gessler mit der Bildung einer Rechtsregierung beauftragt und das Zentrum sich gegenüber einer derartigen Regierung neutral verhalten werde.

SPD. Die preussischen Regierungsparteien haben im Landtag zu der Sparnotverordnung der preussischen Regierung folgende Entschliessung eingebracht:

Der Landtag wolle beschliessen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. Die Beförderungssperre wieder zu beseitigen. 2. Bestimmungen zu treffen, durch die besondere Härten beseitigt werden, die Beamte und Angestellte des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände durch die Verordnung vom 12.9.1931 treffen. 3. Die Verordnung vom 12.9.1931 dahin abzuändern, dass die Dienstbezüge der nichtplanmässigen unmittelbaren Staatsbeamten den entsprechenden Bezügen der Reichsbeamten angeglichen werden. 4. Die im Kap.V § 2 des zweiten Teils der Verordnung vom 12.9.1931 enthaltenen Änderungen des Polizeibeamtengesetzes vom 31.7.1927 wieder rückgängig zu machen. 5. Auf die Reichsregierung einzuwirken, dass Besoldungsvorschriften in Zukunft gleichmässig für die Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden erlassen werden, damit die Gefahr einer immer stärker werdenden Verschiedenheit der Besoldungsverhältnisse von gleich zu bewertenden Beamten der öffentlichen Körperschaften wieder beseitigt wird. 6. Eingriffe in die Selbstverwaltung und die Ausschaltung der Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände auf die augenblickliche Notzeit und die dringendsten Fälle zu beschränken.

SPD. Paris, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerrat beschloss am Donnerstag, dem Parlament nach dem Wiederzusammentritt im November einen neuen Abschnitt des seinerzeit von der Regierung Tardieu aufgestellten Planes betreffend den Ausbau der französischen Wirtschaft zu unterbreiten, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Die Mittel für diese Arbeiten sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden.

Im Ministerrat wurden ferner die Bedingungen für die Ausbalancierung des Budgets für die nächsten Finanzjahre gebilligt. Das Budget soll diesmal nur 9 Monate umfassen, sodass es von 1933 an wieder mit dem Kalenderjahr zusammenfällt. Diese Massnahme ist wahrscheinlich getroffen worden, weil es ohne Erhöhung der Steuern nicht möglich war, ein ganzjähriges Budget ins Gleichgewicht zu bringen, denn ausser den Erhöhungen des staatlichen Beitrages zur Sozialversicherung und der Pensionen, die bereits durch Gesetze genehmigt sind, haben die drei Minister der Landesverteidigung für das neue Finanzjahr Mehrkredite von etwa 1 Milliarde Francs angefordert, die, wie die radikale Zeitung "Republique" mitteilt, vom Obersten Landesverteidigungsrat trotz der Einsprache Lavals als notwendig anerkannt worden sind. Durch eine Verkürzung des Finanzjahres sucht man diese Mehrausgaben für die Rüstungen zu verheimlichen. Offiziell wird die Massnahme damit begründet, dass das alte Budget-Jahr nicht mit den Budget-Jahren der Departements und Gemeinden in Einklang zu bringen sei.

SPD. Madrid, 15. Okt. (Durch Telephon)

Die spanische Revolutionsregierung ist gesprengt. Alcalá Zamora, der bürgerliche Führer im Kampf gegen die Bourbonen, und Miguel Maura, der Sohn des einstigen grossen konservativen Ministerpräsidenten und erste Innenminister der Republik, sind zurückgetreten. Das Gesamtkabinet ist ihnen gefolgt. Unter der Führung des sozialistischen Kammerpräsidenten Professor Besteiro, des langjährigen Chefs der spanischen Partei, ist das neue Kabinet sofort zustande gekommen. Es enthält im Wesentlichen die bisherigen Minister der republikanischen Linken und der Sozialisten. Den Vorsitz führt der bisherige Kriegsminister Azana, eine der stärksten Energien, über die die spanische Politik überhaupt verfügt. Der Mann, der innerhalb dreier Monate die alte königliche Armee von Grund auf umbaute und etwa zwei Drittel ihrer Offiziere entliess. Nur ein neuer Mann ist in die Regierung eingetreten, der Rektor der Madrider Univer-

sität Professor Giral. Das ist einer der alten Frontkämpfer für die Republik. Der Marineminister Zamoras, Casares Quiroga, ist ins Innenministerium umgezogen; an einen Platz, der ihm schon seit Monaten bestimmt schien. Damit ist die Front des Kabinetts erheblich nach links verschoben worden. Es hat an Homogenität gewonnen, ist zweifellos für die entscheidenden Kämpfe der nächsten Wochen besser gerüstet als die erste Regierung der Republik.

Alcala Zamora und Miguel Maura sind über die Trennung von Kirche und Staat gestürzt. Beide gehören der republikanischen Rechten an. Alcala Zamora ist ein betont guter Katholik. Er und Maura waren bereit, die Trennung von Kirche und Staat hinzunehmen, ja forderten sie selbst. Aber sie waren nicht bereit, in die Austreibung der Jesuiten und die Konfiskation ihres Vermögens einzuwilligen. Für Miguel Maura waren hier neben den rein religiösen zweifellos noch sozialrechtliche Gründe massgebend. Er wollte den Begriff des Eigentums in keiner Weise angetastet wissen. Auch der Kirchen- und der Ordensbesitz war für ihn Privateigentum.

Die Mehrheit der Nationalversammlung verlangte scharfe Massnahmen gegen die Kirche und vor allem gegen die verhassten Jesuiten. Sie wollte ihnen jede Machtgrundlage im Lande nehmen. Die dreitausend dreihundert Klöster, die in spanischen Städten und Dörfern stehen, erscheinen ihr als Zwingburgen Roms. Wenigstens die gefährlichsten von ihnen sollen gebrochen werden. Die Mehrheit hielt starr an ihrer Forderung fest. Auch die grösste Beredsamkeit des überschwänglichen Redners Alcala Zamora vermochte sie nicht von ihrer Haltung abzubringen. Damit wurde die Kluft im Kabinett, der Riss zwischen dem Ministerpräsidenten und der Kammermehrheit unüberbrückbar. Alcala Zamora musste aus dem Kabinett ausscheiden, trotzdem sich alle Minister noch vor dem Sturz der Monarchie das Wort gegeben hatten, allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz bis zur Fertigstellung der Verfassung in ihren Ministerien auszuhalten.

Wie im Mai regt sich draussen vor den Türen des Parlaments die kirchenfeindliche Masse. Sie will ihren Vertretern in der Nationalversammlung den Rücken stärken, und der Mob an ihrer Seite ruft nach der Brandfackel und möchte um die Mauern zum Himmel lodender Klöster tanzen. Die Regierung wird alle ihre Machtmittel anwenden müssen um folgenschwere Ausschreitungen zu verhindern. Gleichzeitig aber rüstet sich der baskische Norden zum bewaffneten Widerstand gegen die Durchführung der Kirchengesetze, für die eine Mehrheit in den Cortes wahrscheinlich ist. Schon im August wollten die Bauern von Navarra und Guipuzcoa zur Flinte greifen um für sich das Recht zur Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat zu erkämpfen. Damals entsandte Azana, der heutige Ministerpräsident, seine Gebirgsbataillone in die baskischen Täler um einen Aufstand zu verhindern. Werden die Verfassungsparagraphen gegen die Jesuiten und vielleicht noch einige andere Orden jetzt tatsächlich Gesetz, so ist die äusserste Wachsamkeit des Staates geboten. Und nach dem Auszuge der baskischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung, denen noch mehrere andere kleine Gruppen folgten, wächst die Gefahr, einer ausserparlamentarischen Austragung des alten Kampfes zwischen Madrid und dem Baskenland, des Wiederaufflammens eines Karlistenkrieges tatsächlich bedenklich.

Spanien ist wieder einmal in zwei Lager zerrissen, in zwei Lager, die durch die kirchliche Frage getrennt sind. Die bürgerliche Rechte, die mit der Partei Alcala Zamoras und Mauras mit für die Revolution gekämpft hatte, ist zu ihren einstigen Gegnern hinübergedrängt worden. Lerroux, der greise Republikaner, hat sich schon bald nach dem Umsturz auf die Seite derer geschlagen, die allen Radikalismus in der kirchlichen Frage vermieden wissen wollen. Er glaubt, an den religiösen Grund im Herzen seiner Spanier, und ruft unter der Parole der Duldsamkeit bald die Massen um sich sammeln zu können, die ihn selbst an die Spitze der Regierung tragen sollen. Es gehen Gerüchte um, nach denen Alcala Zamora während der Abwesenheit Lerroux in Genf dem päpstlichen Stuhl gegenüber bindende Verpflichtungen über die Gestaltung der künftigen spanischen Kirchenpolitik eingegangen sein soll. Man munkelt, dass hier der

innere Grund zum Sturze der ersten republikanischen Regierung zu suchen sei. Wenn dem tatsächlich so ist, wird man sehr gespannt sein dürfen, welche Haltung die Kurie in Zukunft einnimmt, und wie sie sich insbesondere zu dem Außenminister Lerroix persönlich stellen wird.

Die nächsten Tage und Wochen werden für Spanien die grundlegenden Entscheidungen bringen. Der jetzt schon Monate währende Kampf um die Kirchengesetzgebung ist in sein entscheidendes Stadium getreten. Man muss dringend hoffen, dass er ohne allzu schwere Erschütterungen für die junge Republik zu Ende geht.

SPD. Frankfurt/M., 15. Okt. (Eig. Drahtb.)

Unter starkem Andrang begann am Donnerstag vormittag vor der Grossen Strafkammer des Frankfurter Landgerichts der grosse wohl viele Monate dauernde Prozess gegen die Vorstandsmitglieder und Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft (Favag). Mehr als 100 Millionen Mark sind durch die skandalöse, leichtfertige und unlautere Geschäftsführung dieser Gesellschaft verloren worden. Der Schaden für die gesamte Volkswirtschaft ist unabsehbar. Der Zusammenbruch der Favag im August 1929 war der erste Schlag, der den Kredit der deutschen Wirtschaft im Auslande traf. Zwei Jahre sind seitdem verfloßen. Die Kreditkrise ist wie eine Lawine über uns hinweggegangen. Aber erst jetzt steht der Favagskandal vor Gericht. Er erinnert daran, dass der Schaden, den er anrichtete, noch längst nicht verschmerzt und überwunden ist. Es muss auch immer wieder unterstrichen werden, dass es sich hier nicht nur um eine Kriminalsache einiger Persönlichkeiten handelt, sondern dass ein System, die Unzulänglichkeit der privaten Wirtschaftsführung, vor Gericht steht. Das Urteil mag ausfallen wie es will: es wird immer gegen diese Unzulänglichkeit ausfallen, gegen die Fehlinvestitionen und Uberspekulationen, die sich die Privatwirtschaft in Deutschland hat zuschulden kommen lassen.

Den Vorsitz im Favagprozess führt Landgerichtsdirektor Messerschmitt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Meissner. Die Anklageschrift umfasst 400 Seiten und baut sich auf einer Fülle wissenschaftlicher Gutachten auf, die mehrere Bände füllen.

Auf der Anklagebank sitzen die Favagdirektoren Lindner, Schumacher, Sauerbrey, Mädje, Fuchs und der stellvertretende Direktor Kirschmann. Das Verfahren gegen den erkrankten Direktor Becker ist abgetrennt worden; Becker erholt sich übrigens trotz des über sein Vermögen verhängten Konkurses in einem eleganten Sanatorium in Bad Nauheim für die Kleinigkeit von 60 Mark pro Tag. Der von allen Angeklagten als der Hauptschuldige bezeichnete Generaldirektor Dumke ist ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der Favag gestorben. Die Anklage lautet auf Kreditbetrug, Unterschlagung und Urkundenfälschung in zahlreichen Fällen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Messerschmitt, erteilt nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses dem ältesten Angeklagten, Direktor Lindner, das Wort. Ein 70jähriger Greis mit langem weissen Bart erhebt sich und erzählt kurz seinen Lebenslauf. 54 Jahre war er im Versicherungsfach in führender und meist erfolgreicher Arbeit tätig. Im Jahre 1907 trat er in den Vorstand der Favag ein. Sein Einkommen betrug jährlich 30 000 Mark; dazu kam eine Tantieme von 3 Prozent. Erst auf ausdrückliches Befragen durch den Vorsitzenden nennt der Angeklagte die Summe, die er im letzten Jahre vor dem Ende der Favag als Gesamteinkommen bezogen hat: es waren 192 000 Mark!

Der angeklagte Direktor Schumacher ist 44 Jahre im Versicherungsfach tätig gewesen. Sein Einkommen betrug "nur" 175 000 Mark. Der Syndikus der Favag, Kirschmann, war an der Tantieme nicht beteiligt, so dass er lediglich 30 000 Mark Einkommen hatte.

Das Hauptinteresse der Vormittagssitzung konzentriert sich auf den angeklagten Direktor Sauerbrey, der kurz vor der Pleite des Favagkonzerns in einem Privatflugzeug nach Prag flüchtete. Sauerbrey wurde in Prag verhaftet

und hat dort eine Strafe von drei Monaten Gefängnis wegen Passfälschung verbüsst. Sauerbrey hat sich in der Firma, zu deren Ruin er so ausserordentlich viel beitrug, als Lehrling in die Höhe gedient und eine geradezu phantastische Karriere gemacht. Bereits mit 22 Jahren war er Prokurist der Favag. Ein Jahr später gab man ihm die Leitung einer Filiale und als 24jähriger trat er in den Vorstand der Favag ein. Sein Einkommen betrug im Jahre 1928 die runde Summe von 50 000 Mark.

Der angeklagte Generaldirektor Mäde, dem sein Vorstandsposten an Gehalt und Pantieme jährlich mehr als 100 000 Mark einbrachte, lässt sich durch neun Anwälte vertreten.

Die Gehälter der Favagdirektoren entsprachen wohl im allgemeinen dem üblichen Missbrauch in Industrie und Grosshandel. So erhielt der verstorbene Generaldirektor Dumke jährlich 358 000 Mark, Direktor Lindner 192 000 Mark, Becker und Schumacher erhielten je 175 000 Mark. Strafbar machten sich die Direktoren der Favag, indem sie sich unter dem Namen "Sondervergütungen" gegenseitig riesige Beträge in die Tasche schoben. So nahmen sie sich von einem Aktienkauf (Röchling) 500 000 Mark als "Vermittlergebühren", wobei der Aufsichtsrat der Favag darüber im unklaren gelassen wurde, dass die "Vermittler" die eigenen Direktoren des Unternehmens waren. Ferner erhielt einmal jeder Favagdirektor eine Extravergütung von 25 000 Mark auf fingierte Konten für ein geglücktes Geschäft der Favag. Verluste liess man immer gern zu Lasten der Favag gehen, während sich die Herren Direktoren an den Gewinnen mit riesigen Provisionen beteiligten.

Jeder der fünf Hauptangeklagten hat sich für mehr als ein Dutzend Straftaten zu verantworten. Die Direktoren haben laut Bericht der Revisionskommission aus persönlichem Eigennutz einen Konzern zugrunde gerichtet, der sich in 65 Jahren aus kleinen Anfängen zu dem zweitgrössten deutschen Versicherungsunternehmen in die Höhe gearbeitet hatte, 61 Sondergesellschaften umfasste und ein Aktienkapital von 25 Millionen Mark hatte. Die Prämieinnahmen der Versicherungen betragen jährlich 450 Millionen Mark. Die Direktoren Becker und Kirschbaum haben noch 20 private Konzerne gebildet, die sie mit Geldern der Favag finanzierten. Auch hier nahmen sich Becker und Kirschbaum die Gewinne und überliessen der Favag in liebenswürdiger Weise die Verluste.

Sämtliche Angeklagten erklärten, dass sie nichts Straffälliges unternommen haben. Die Verhandlungen werden am Montag weitergeführt. Es soll zunächst der Fall "Aktienverkauf an die Röchling-Werke" behandelt werden.

SPD. München, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Erklärung Fricks als Antwort der Nazi-Fraktion auf die Kanzlerrede hat Hitler als völlig ungenügend angesehen. Er veröffentlicht deshalb in rund 1600 Zeilen des "Völkischen Beobachter" eine persönliche Antwort an Brüning, die in geradezu erschreckender Weise den masslosen Grössenwahn und die geistige Minderwertigkeit dieses Menschen enthüllt.

Zuerst beklagt sich Hitler, dass man ihn und seine Bewegung von der Regierungsverantwortung ausschaltet, trotzdem er der einzige Mann in Deutschland sei, der alles Unheil vorausgesehen, ja sogar genau vorausgesetzt habe. Ebenso widerlich wie unwahr ist dann seine Klage, dass er 12 Jahre lang in der verachteten und unterdrückten Stellung einer durch das Gewissen diktierten Opposition zubringen musste, weil die nationalsozialistische Bewegung in dieser Zeit vor aller Öffentlichkeit verfeimt und geschlagen den furchtbarsten Verfolgungen ausgesetzt gewesen sei. Auf die Einzelheiten dieser von einer grössten Selbsteinschätzung diktierten Phrasen einzugehen, erübrigt sich, weil überall der Wahn des Schreibers durchbricht, die eigene Person ausschliesslich an Friedrich dem Grossen und Bismarck zu messen.

Ein aufgelegter Schwindel ist aber die wiederholte Behauptung, seine Para-

tei verkörpere heute die Mehrheit der deutschen Nation und bilde auch ziffern-
mäßig die stärkste politische Organisation, die Deutschland je besessen habe
Die geheim geführte Mitgliederstatistik der Nationalsozialistischen Partei,
aus der von Zeit zu Zeit den Funktionären Auszüge und zwar sicherlich nicht
in ungenügender Zusammenstellung mitgeteilt werden, ergibt, dass die Mitglied-
zahl am 31. Juli d. J. 442 957 betrug, also noch nicht einmal die Hälfte der
Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Die Mitgliederliste der Haken-
kreuzpartei umfasst 37 Gaue, darunter auch Österreich, das mit 20 350 Mitglie-
dern angegeben ist. Das sind nicht einmal 5 % des Mitgliederbestandes der Wie-
ner Sozialdemokratie. Aber selbst der "Völkische Beobachter" hat die Behaup-
tung seines Führers Lügen gestraft, denn nach seiner Veröffentlichung hat die
Aufnahmeabteilung im Braunen Haus vor wenigen Tagen den 600 000sten National-
sozialisten registriert. Mit diesen Zahlen sind die Lügen des Führers der
"nationalen Opposition" wohl genügend gebrandmarkt.

SPD. Paris, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die französischen Mitglieder der deutsch-französischen Wirtschaftskommis-
sion traten am Donnerstag-Nachmittag im Innenministerium zu ihrer ersten Sit-
zung zusammen. In einem Communiqué heisst es über die Besprechungen:

"Ministerpräsident Laval hat zu Beginn der Sitzung die Mitglieder der
Delegation begrüsst und die Hoffnung ausgesprochen, dass ihre Arbeiten die
Politik vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Deutschland, die die französische
Regierung befolgt, erleichtern werde. Unterstaatssekretär Gignoux hat dann die
Entstehung der Kommission geschildert, ihr Programm skizziert und die Arbeits-
methoden vorgeschlagen. Der französische Botschafter in Berlin Francois-Poncet
der der Sitzung beiwohnte, wies seinerseits auf die Natur und die Vielseitig-
keit der Fragen hin, mit denen sich die Kommission zu beschäftigen haben wird.
Er legte dar, in welchem Sinn und in welcher Art die Arbeiten der Kommission
trotz des komplizierten und schwierigen Charakters der gegenwärtigen Umstände
zu interessanten Ergebnissen führen können. Das Generalsekretariat der franzö-
sischen Delegation wird sich ohne Aufschub mit dem deutschen Generalsekreta-
riat in Verbindung setzen, um endgültig die Ansichten der beiden Delegationen
über das Programm und die Arbeitsmethoden der Kommission anzugleichen. Eine
Vollsitzung der Kommission wird für ein sehr nahes Datum ins Auge gefasst."
Francois-Poncet ist am Donnerstag-Abend nach Berlin abgereist.

SPD. Genf, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die japanischen Lageberichte aus der Mandschurei melden eine fortschrei-
tende Besserung des Zustandes. In Mukden seien 1 800 Mann mit zwei Regiments-
stäben aus der Chinesenstadt in die Eisenbahnzone zurückgezogen worden. Auch
die Polizeigewalt sei den chinesischen Behörden übergeben worden. In der Chinesen-
stadt seien nur noch 400 Mann und im Industrieviertel 250 Mann. Dagegen
sei in Schanghai der Kreuzer "Tokiwa" angekommen, von dem aus 230 Mann Ver-
stärkungen für die Marinekaserne gelandet worden wären. Eine deutsche Meldung
aus Mukden Tientsin vom 14. Oktober stellt dagegen keinerlei Truppenbewegung
fest, aber ein starkes Anwachsen der Boykott-handlungen und Demonstrationen
seitens der Chinesen.

Eine lange japanische Depesche meldet eine gewaltige Ausdehnung des chi-
nesischen Boykotts. Während in der Mandschurei fast alle Banken wieder geöff-
net seien und das kaufmännische Leben normale Formen anzunehmen beginne, be-
streikten chinesische Arbeiter alle japanischen Schiffe, die deshalb nicht ent-
laden werden könnten. In zahlreichen Städten hätten chinesische Kaufleute be-
schlossen, die Annahme japanischer Waren zu verweigern und den Verkehr mit

Japanischen Kaufleuten abgebrochen. In Kanton hätten chinesische Studenten japanische Waren öffentlich verbrannt. Die chinesische Polizei habe das zu verhindern versucht und scharf geschossen. Die Opfer waren zwei Tote und viele Verwundete.

Für das in der letzten Ratstagung mitgeteilte Bombardement zwei chinesischer Städte gab die japanische Regierung dem Rat auf Anfrage die alte Ausrede als Erklärung: Erst sei ein Erkundungsflugzeug, das über Bewegungen von Banditen und chinesischen Truppen berichten sollte, mit Gewehren beschossen worden. Darauf habe es mit Bomben geantwortet. Auf Grund dieses Vorfalles seien später drei Flugzeuge ausgesandt worden, die wieder Gewehrfeuer erhalten und deshalb ebenfalls mit Bomben geantwortet hätten.

SPD. Der Reichsrat nahm am Donnerstag eine Vorlage der Regierung über die Arbeitsruhe am Heiligabend nach einigen Abänderungen an. Die Vorlage sah grundsätzlich vor den 5 Uhr-Ladenschluss und Beschäftigungsmöglichkeit mit Aufräumarbeiten bis 1/2 6 Uhr. Angenommen wurde jedoch ein bayerischer Antrag, der Verlängerung des allgemeinen Ladenschlusses bis 5 1/2, bzw. 6 Uhr verlangte. Das Austragen von Waren ist bis 7 Uhr zulässig. Für die Forderung der Regierungsvorlage, dass für Schankstätten die Polizeistunde 8 Uhr sein solle, fand sich im Reichsrat keine Mehrheit, weil man darin einen Nachteil für die Bevölkerung besonders für Ledige erblicke. Nicht gelten soll das Gesetz für den Verkauf von Weihnachtsbäumen und für die Abgabe von Betriebsstoffen an Kraftfahrzeuge in Tankstellen.

SPD. New York, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Gewerkschaftskongress lehnte einen Antrag auf Einführung einer bundesamtlichen Arbeitslosenversicherung gegen eine starke Minderheit ab. Der Kongress bezeichnet die Sozialversicherung als für amerikanische Verhältnisse ungeeignet.

SPD. In Anhalt finden am 25. Oktober Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Im Verlauf des sehr scharfen Wahlkampfes hat sich am Mittwoch abend in Dessau eine amüsante Szene abgespielt.

Die Nationalsozialisten liessen am Mittwoch als Sensation den Hohenzollernprinzen August Wilhelm in einer Versammlung in Dessau sprechen. Die Sozialdemokratische Partei begegnete dieser Versammlung mit einem Flugblatt, das wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung in der ganzen Stadt und besonders unter den Versammlungsbesuchern verteilt wurde. Auf diesem Flugblatt wurde Prinz August Wilhelm gefragt, wie er als Redner der "Arbeiterpartei" über die Fürstenabfindung denke! Die Sozialdemokratische Partei hatte auf dem Flugblatt den soeben von ihrer Fraktion im Reichstag eingebrachten Antrag gegen die Fürstenabfindung wiedergegeben und den prinzlichen Redner der Arbeiterpartei aufgefordert, zu erklären, wie er zu diesem Antrag stehe. Man hatte ihn gefragt, ob er nur über die Not des Volkes reden oder ob er durch eine entsprechende Haltung zu diesem Antrage dazu beitragen wolle, die Not der Ärmsten praktisch lindern zu helfen. Das Flugblatt hatte unter den Nationalsozialisten in Dessau begründliche Erregung hervorgerufen. Der Hohenzollernprinz August Wilhelm sah sich genötigt, gleich zu Beginn seiner Rede darauf einzugehen. Er brachte aber nichts weiter zustande als die geradezu klassische Erklärung: "Was will man denn nun noch von uns haben, denen man schon alles genommen hat!"

Angesichts der Fürstenabfindung, die der Arbeiterbevölkerung noch sehr gut in Erinnerung sein dürfte, bedeutet dieser Ausspruch geradezu eine Verhöhnung. Man darf danach wohl annehmen, dass die Nationalsozialisten gegen den sozialdemokratischen Antrag im Reichstag stimmen werden, denn in der Hitler-schen Arbeiterpartei dürfte wohl der Hohenzollernprinz als der Sachbearbeiter in Sachen Fürstenabfindung gelten müssen. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls dafür sorgen, dass der erstaunliche Prinzenausspruch zum geflügelten Worte wird.

SPD. Frankfurt/M., 15. Oktober (Eig. Dr.)

Die Spalter lassen durch ein bürgerliches Büro mitteilen, dass sie bei den hessischen Landtagswahlen im November eine eigene Liste aufstellen werden. In Offenbach bestände bereits eine Ortsgruppe der Spalter, in anderen Orten Hessens würden ebenfalls demnächst Ortsgruppen gebildet werden.

Das Bezirksbüro der SPD für Hessen teilt zu dieser Meldung mit, dass in Offenbach bisher nur 14 Mitglieder aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sind. Aus dem übrigen Hessen liegen Austrittsmeldungen überhaupt nicht vor.

SPD. Die Reichstagsfraktionen der Volkspartei und der Wirtschaftspartei werden sich über ihre Haltung zu den Misstrauensanträgen gegen die Regierung Brüning am Freitag vormittag vor der Reichstags-sitzung schlüssig werden. Aus der Volkspartei verlautet, dass sie sich bei der Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning wahrscheinlich der Stimme enthalten wird. Die Fraktion der Wirtschaftspartei dürfte zum grössten Teil gegen die Misstrauensanträge stimmen.

SPD. Washington, 15. Oktober (Eig. Dr.)

Der Goldbestand Amerikas ist in den letzten zwei Tagen um 89 Millionen Dollar zurückgegangen. Der Gesamtverlust beziffert sich seit dem 20. September auf 588,3 Millionen Dollar.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 15. Oktober (Eig. Bericht)

Zwei Verfechter grosser und unversöhnlicher wirtschaftlicher und politischer Systeme standen sich am Donnerstag im Reichstag gegenüber, der Volkspartei Dingeldey als Verfechter des schrankenlosen Kapitalismus und der Sozialdemokrat Aufhäuser als Vorkämpfer der sozialen Demokratie zur Ueberwindung der Privatwirtschaft durch den sozialistischen Kollektivismus. Man kann nur aufrichtig bedauern, dass es Männer von so ungleichem Format waren. So geistig bankrott ist die deutsche Wirtschaftsführung denn doch noch nicht, dass sie nicht bessere Vertreter hätte als diesen armseligen Dingeldey. Das empfand der ganze Reichstag einschliesslich der volksparteilichen Fraktion, in der es nicht wenige Abgeordnete gab, die sich ihres sogenannten Führers schämen. Mehr Mut zur Unpopularität forderte Herr Dingeldey immer wieder, aber nicht an einer einzigen Stelle wagte er, seinen kapitalistischen Auftraggebern eine entscheidende und grundsätzliche Kritik zu bieten.

Die soziale Gesetzgebung trägt nach Dingeldey die Hauptschuld an der deutschen Krise. Als die sozialdemokratische Fraktion ihm zurief: "Amerika! Amerika!" war er taub auf beiden Ohren. Löhne und Gehälter müssen herunter! Das ist die Parole der Partei, deren Führer zusammen mit Hugenberg und Frick den Marsch ins Dritte Reich antreten will. Herabsetzung der Erwerbslosenrenten sogar unter die jetzige Hungergrenze! Das ist die von Dingeldey angekündigte Programmforderung der "nationalen Opposition". Und das sind die Leute, denen die KPD die volle Macht geben will. Brüning? Dingeldey rechnete ihm vor, was der Kanzler alles der Sozialdemokratie nachgegeben habe. Alles in allem: Herr Brüning habe den Hochkapitalismus enttäuscht. Darum müsse er fristlos entlassen werden.

Aufhäuser stellte dieser kapitalistischen Proklamation den Willen zur Einheitsfront des Arbeitsvolkes gegenüber. Die von Hugenberg geführte, von Dingeldey begrüßte und von den Nationalsozialisten begeistert unterstützte nationale Front ist nichts anderes als der alte Scharfmacherkampf gegen die gewerkschaftliche Selbstbestimmung der Arbeiter. Darum hat sich der deutschnationale Angestelltenführer Lambach von Hugenberg getrennt. Deshalb stimmte jetzt der Angestelltenführer Thiel gegen Dingeldey. Nur die nationalistischen Arbeitnehmer haben noch nicht begriffen, worum es geht. Die kapitalistische Krise ruft nach gemeinwirtschaftlichen Lösungen. Der Sozialismus steht auf der Tagesordnung. Der Volksstaat gibt den Massen die Möglichkeit zur organisierten Kraftentfaltung. Deshalb soll er durch den Sturz des letzten parlamentarisch gebundenen Kabinetts zerstört werden. Aufhäuser schloss: "Den Volksstaat verteidigen wir. Wer uns angreift, den schlagen wir." Die Kommunisten, als Platzhalter der abwesenden Nationalsozialisten, tobten wie besessen. Ach, sie sind so artig, wenn Frick oder Dingeldey, wenn Oberfohren oder Döbrich sprechen. Der Respekt vor den Kapitalisten sitzt ihnen tief in den Knochen. Nur wenn ein Sozialdemokrat redet, geifern und schimpfen sie. Dabei stellte Aufhäuser Forderungen auf, die jeder Arbeiter unterschreiben muss. So z.B. Kartellkontrolle, Brotpreissenkung, Druck auf die Getreidepreise, Hilfe für die Veredelungsproduktion der Landwirtschaft, verbesserte Aktienrechtreform, Kartoffeln und Brot als zusätzliche Entschädigung für die Erwerbslosen.

Was der Tag sonst noch an Reden brachte, fand wenig Beachtung. Dass die Landvolkspartei gegen Brüning stimmen wird, weil er auch nach ihrer Meinung der Sozialdemokratie zu weit entgegenkommt, war auch ohne die offizielle Erklärung bekannt. Das Auftreten Zieglers von der neuen Sozialistischen Arbeiterpartei war gewiss auch kein parlamentarisches Ereignis. Die Sozialdemokratie hörte ihn ohne jeden Zuruf an. Dagegen behandelten ihn die "Brüder von links" sehr schlecht. Als er meinte: "Heute nennt man uns noch eine Splitterpartei", kam der Widerhall aus den Bänken der KPD: "Und morgen seid ihr tot". Es ist eben kein erhebendes Schauspiel, wenn man sich mit so viel Geschick zwischen zwei Stühle setzt.

Am Freitag, so sagt man, will der Kanzler noch einmal sprechen. Das könnte die Aussprache wieder eröffnen und erneut zuspitzen. Mehr und mehr aber wehdet sich die allgemeine Spannung den entscheidenden Abstimmungen zu, die am Freitag gegen Abend erwartet werden.

SPD. Der Reichsausschuss des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend war am 14. Oktober in Berlin versammelt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Aufgaben der Jugendorganisation, wie sie sich aus der politischen Lage ergeben.

Das einleitende Referat hielt der Verbandsvorsitzende Erich Ollenhauer. Er verwies einleitend auf die Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Situation in den letzten Wochen und Tagen und betonte, dass es die Hauptaufgabe der Jugendfunktionäre ist, in engster Arbeit mit Partei und Gewerkschaften den Jugendverband durch den voraussichtlich äusserst schweren Winter hindurchzubringen. In den kommenden Monaten geht es um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung, da sind Einheit und Disziplin bis zum letzten Funktionär, bis zum letzten Mitglied jeder Jugendgruppe eine unbedingte Notwendigkeit. Um so verwerflicher ist deshalb die Spaltung der Bewegung durch die Seydewitz-Leute, die vor allem die Jugendorganisation für ihre Sonderbündeleien benutzt haben.

Ollenhauer und die Diskussionsredner brachten eine Fülle von Material zum Beweis dafür vor, dass die Spaltung planmässig vorbereitet und gewollt wurde und die Sozialistische Arbeiterjugend als erste Einbruchsstelle für die neue Partei angesehen und entsprechend bearbeitet worden ist. So hat - um nur ein Beispiel für viele anzuführen - Seydewitz schon vor der Parteiausschusssitzung am 22. September den Jugendsekretär des Bezirks Südwestsachsen, Michael, gefragt, ob Michael nicht mit dem gesamten Jugendsekretariat zu der neuen Partei (!) kommen wollte. Michael hat das abgelehnt. In der Reichsausschusssitzung war einmütige Empörung über die verwerfliche und höchst unpädagogische Art, wie die Spalter den Idealismus junger Menschen missbraucht haben. Mancher Jugendliche ist dabei zusammengebrochen und hat das Heer der Indifferenten vermehrt.

Ein nennenswerter Erfolg in der Gewinnung von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend ist der Gruppe Seydewitz nicht beschieden gewesen. Die Ab-splitterungen haben sich auf einige Orte und einzelne Mitglieder beschränkt. Im allgemeinen ist der Verband unerschüttert. Seine 34 Bezirksverbände sind völlig intakt und arbeitsfähig geblieben. Selbst im Bezirk Südwestsachsen, in dem Seydewitz Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend war, ist nur eine Minderheit zu dem neuen Sozialistischen Jugendverband übergetreten. Von den 48 Ortsgruppen sind nur 12 geschlossen mit Seydewitz gegangen. In den anderen Bezirken ist der Erfolg noch viel bescheidener. Wo die Mehrheit einer Ortsgruppe ausgetreten ist, ist allermeist schon wieder eine neue Gruppe gegründet worden; so in Dresden und Breslau. Am Ende des Jahres wird der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend den Verlust an Mitgliedern wieder aufgeholt haben; denn seine Werbekraft ist nach wie vor ungeschwächt. Im ersten Halbjahr 1931 konnte die Mitgliederzahl um 5000 auf 59 420 erhöht werden. In vielen Bezirken ist jetzt die Herbstwerbung durchgeführt worden, die trotz aller inneren Schwierigkeiten neue Scharen junger Streiter für den Sozialismus gewonnen haben wird. Der Reichsausschuss billigte einstimmig die Beschlüsse des Hauptvorstandes gegen die Spaltung.

Ebenso einmütig wurden die Vorschläge für die Winterarbeit und der Jahresarbeitsplan 1932 angenommen. Im Vordergrund der Winterarbeit soll eine intensive Gruppenarbeit, Schulung der Mitglieder und Funktionäre stehen. Der Jahresarbeitsplan 1932 sieht an zentralen Veranstaltungen vor: Frühjahrswerbewoche vom 13. bis 20. März. Ziel ist, die Mitgliederzahl auf 60 000 zu bringen. Im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz soll unter der Jugend eine Bewegung für die Abrüstung ausgelöst werden. Pfingsten sind Landes- und Bezirksjugendtreffen. Anfang September ist Reichsspiel- und Sporttag. Am 2. Oktober ist der Internationale Jugentag. Im Anschluss ist die Herbstwerbewoche. Der Plan einer umfassenden zentralen Schulungsarbeit, Ort und Tagesordnung der im nächsten Jahr fälligen Reichskonfe-

renz sollen von der nächsten Reichsausschusssitzung festgesetzt werden. Anträge zu den Ausführungsbestimmungen über die Tätigkeit von Parteimitgliedern in der Jugendorganisation wurden dadurch erledigt, dass einstimmig beschlossen wurde, einen entsprechenden Absatz im Verbandsstatut durch Reichskonferenzbeschluss aufzunehmen.

Ueber die Arbeit unter der erwerbslosen Jugend referierte Käte Fröhbrodt. Sie forderte eine enge Zusammenarbeit aller Arbeiterorganisationen in der Hilfsaktion für die ausserordentlich bedrohte erwerbslose Jugend, deren Zahl für den Winter von den amtlichen Stellen auf eine Million geschätzt wird. In der Aussprache wurden vielerlei Vorschläge aus der Praxis gebracht und erschütternde Berichte gegeben über die seelische Not der arbeitslosen Jugend. Der freiwillige Arbeitsdienst wurde erneut abgelehnt als eine Möglichkeit zur Linderung der Erwerbslosennot. Die Erfahrungen mit dem freiwilligen Arbeitsdienst haben über einstimmig gezeigt, dass der Aufwand an finanzieller Kraft in einem krassen Missverhältnis zu dem seelischen und materiellen Vorteil für die Jugend steht.

Die Sitzung wurde geschlossen mit einem Appell zur Arbeit für die Jugend und an der Jugend, zu verstärkter Disziplin und erhöhter Kampfbereitschaft.

SPD. Dresden, 15. Okt. (Eig. Drahtb.)

Vor der dritten Kammer für Handelssachen des Dresdner Landgerichts wurde am Donnerstag zum ersten Male die Klage des Aktionärs Dr. Friedmann-Berlin auf Ungültigkeitserklärung sämtlicher Beschlüsse der Hauptversammlung der Dresdner Bank vom 29. August, also namentlich über die Kapitalerhöhung um 300 Millionen Mark Vorzugsaktien verhandelt. Die Bank beantragte, die Klage abzuweisen und verlangte ferner Sicherheitsleistung. Sie berechnet die Höhe der Sicherheitsleistung auf 26 Millionen Mark. Das Gericht erklärte, dass es über diesen Antrag durch Zwischenurteil entscheiden werde. Im übrigen wurde die Verhandlung zwecks weiterer Vorbereitung der Klage auf den 26. November vertagt.

SPD. Im Manteltarif-, Arbeitszeit- und Lohnstreit des oberschlesischen Steinkohlengebiets ist der Schiedsspruch vom 8. Oktober 1931 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Der Spruch bringt eine Kürzung der Löhne um 7% im Steinkohlenbergbau und um 4% im Erzbergbau.

SPD. Siegen, 15. Okt. (Eig. Drahtb.)

Am 16. Oktober sollen im Lohnkampf der Siegerländer Bergarbeiter neue Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden. Am Donnerstag haben die Unternehmer sämtlichen 4000 Bergarbeitern gekündigt, um so freie Hand in den Tarifverhandlungen zu haben.

Im benachbarten Dillgebiet ist zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Einigung über eine 5 prozentige Lohnkürzung zustande gekommen.

SPD. Schwerin, 15. Okt. (Eig. Drahtb.)

In einer Versammlung in Pritzlar bei Hagenow, in der der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin Paul Schroeder sprach, kam es zu wüsten Ausschreitungen. Die in der Versammlung in grosser Zahl anwesenden Nationalsozialisten überfielen mehrere Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners. Es entstand ein allgemeines Handgemenge, in dem die Streitenden mit Stuhlbeinen und Messern aufeinander losgingen. Sieben Sozialdemokraten und mehrere Reichsbannerleute wurden zum Teil schwer verletzt. Von den Nazis trug niemand Verletzungen davon.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Von nationalsozialistischen Advokaten.

SPD. Der Prozess gegen den Kommerzienrat Sattler von Lindenberg, der die Spargelder eines ganzen Bezirks in der verbrecherischsten Weise vergeudet hat, ist zu Ende. Dieser Sattler ist der Typ des Parasiten. Sein Haushalt verbrauchte jährlich 60 000 Mark, die Quelle seines Einkommens waren Betrug und Fälschung. Der Herr Kommerzienrat versuchte alle Schuld auf seinen jungen Prokuristen abzuschieben, der nur Volksschulbildung hatte. Dieser Ehrenmann hat, als seine Fälschungen entdeckt wurden, dem jungen Prokuristen einen Revolver in die Hand gedrückt, damit er sich umbringen solle. Der Herr Kommerzienrat hätte dann die Schuld auf den Angestellten abgewälzt.

Der Herr Kommerzienrat hat sich einen Anwalt aus den Reihen seiner Gesinnungsfreunde gesucht, den bekannten nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Holl. Der nationalsozialistische Anwalt hat ebenso wie der schuldige Kommerzienrat den Versuch unternommen, die Schuld auf den angestellten Prokuristen zu wälzen, um so seinen Mandanten zu entlasten. Pathetisch rief er am Schluss seines Plädoyers aus: Schon ein Tag Zuchthaus käme für den Kommerzienrat einem Todesurteil gleich, für den Angestellten dagegen wäre das Gefängnis eine Erholung, weil es doch besser sei, als am Ende im Ausland Kohlenschipper zu sein!

Die ganze soziale Gesinnung der Leute vom Hakenkreuz hat hier einen würdigen Ausdruck gefunden. Die Denkungsart des nationalsozialistischen Rechtsanwalt lässt sich nicht besser ausdrücken als durch diesen Vergleich: Für den Herrn Kommerzienrat ist ein Tag Zuchthaus ein Todesurteil, für den Angestellten aber ist das Gefängnis eine Erholung! Dem Kommerzienrat volle Freiheit für den schamlosesten Betrug an Sparern und kleinen Leuten, für den Angestellten aber das Gefängnis.

Nach dieser Selbstenthüllung versteht man, warum die Nationalsozialisten ganz Deutschland in ein Gefängnis verwandeln wollen. Damit nämlich ihre Bundesgenossen aus Grossfinanz und Grossindustrie ungehemmt und ungestraft weiter betrügen können. Man versteht auch, aus welchem Ethos nationalsozialistische Rechtsanwälte handeln!

National gleich sozialreaktionär.

In der Zeitschrift der verrücktesten Nationalisten, dem "Widerstand", schreibt ein gewisser Friedrich Georg Jünger:

"Der Sozialismus ist die Folge eines Verarmungsprozesses, er ist dessen Ausdruck. Je mehr Armut, desto mehr Sozialismus. Die Logik davon ist, dass der Staat, das heisst jene Wohlfahrtseinrichtung, die heute seinen Namen trägt, einen Stand verhungerner Rentenempfänger und Fürsorgeberechtigter züchtet, eine Typus von Zwergsiedlern und Schrebergartenmenschen. Er besticht die Massen durch Alimente, er beschwichtigt ihre Wut durch Trinkgelder, er kauft ihnen ihre Empörung pfennigweise ab. Welch ein Schauspiel bieten diese Millionen Männer, denen alles Gold der Erde keine Arbeit verschafft, die den Feiertag der Not und der kleinen Nöte in seiner ganzen Dauerhaftigkeit kosten, diese Armee ohne Waffen, die nicht um Meere und Länder, sondern um ein Brot und ein Hemd kämpft. Die Zeit belehrt sie darüber, dass der Krieg besser ist als die beste Sozialversicherung, dass Männer, die darauf verzichten, Waffen zu führen, zur allerdürftigsten Existenz gezwungen werden und sich nicht beklagen dürfen, wenn man sie mit Fusstritten in den Hintern regaliert."

Das ist liebliche Musik in den Ohren der Sozialreaktionäre. Es ist frei-

lich billiger, die Erwerbslosen einfach erschiessen zu lassen, als ihnen Unterstützung zu zahlen. Hier wird die wahre Zweckbestimmung des Krieges, wie ihn die deutschen Nationalisten wünschen, aufgezeigt. Er soll das deutsche Unternehmertum von den Kosten befreien, die es für die Massen der Erwerbslosen zahlen muss, die dank der Unfähigkeit und der Verbrechen der sogenannten Wirtschaftsführer auf der Strasse liegen.

Das Dritte Reich Lahusens.

Der famose Nordwollekonzern des Herrn Lahusen, des grössten Verbrechers der deutschen Wirtschaftsgeschichte, begräbt tausende unter seinen Trümmern. Die Angestellten des Nordwollekonzerns empfinden jetzt, wie das Dritte Reich aussieht, in das sie Herr Lahusen geführt hat. Der Konkursverwalter der Nordwolle inseriert in grossen Zeitungen:

"Nordwolle-Personalabbau. Infolge des Zusammenbruchs der Nordwolle müssen zahlreiche tüchtige und bewährte Angestellte entlassen werden, für welche im Rahmen der geplanten neuen Gesellschaft leider keine Verwendungsmöglichkeit besteht. Im Interesse dieser wertvollen Kräfte, wie insbesondere auch im Interesse der gesamten Wirtschaft sehe ich mich veranlasst, mich für eine anderweitige Verwendung dieses notgedrungen dem Abbau der Nordwolle zum Abbau fallenden Personals einzusetzen. Es stehen zur Verfügung: kaufmännische Angestellte: Fachleute im Rohwolle- und Kammzugeinkauf, Verkäufer und Disponenten, deutsche und fremdsprachliche Korrespondenten, Buchhalter. Technische Angestellte: Textil- und Kraftingenieure, Materialeinkäufer, Psychotechniker. Verwaltungsangestellte: Juristen, und zwar Zivil- und Arbeitsrechtler, Sachbearbeiter für Personalakkord- und Versicherungsfragen, Registratur- und Schreibkräfte auch für modernste Büromaschinen."

Diese einfache Aufzählung zeigt, welches ungeheure Verbrechen Lahusen auf sich geladen hat. Er hat nicht nur Vermögen anderer vergeudet, er hat vielmehr viele Tausende von Menschen ins Unglück gestürzt. Die Willkür eines Generaldirektors wirft qualifizierteste Existenzen massenhaft aufs Pflaster. Das ist Lahusens Drittes Reich. Im Dritten Reich der Nationalsozialisten würde sich diese schauerliche Aufopferung von Existenzen in noch grösserem Masse wiederholen!

Theorie und Praxis.

Auf der Hugenbergparade in Stettin, dem deutschnationalen Parteitag, deklamierte einer von Hugenbergs Helden, es möge jeder Arbeitgeber in einem Auto fahren, wie er wolle, aber es müsse von deutschen Arbeitern hergestellt sein. Daraufhin erhielt die deutschnationale "Pommersche Tagespost" einen Brief, in dem es heisst:

"Am 20. v. Monats (dem Tag des deutschnationalen Parteitags) hat naturgemäss eine sehr grosse Zahl von Autos in der Luisenstrasse gestanden. Ein Bekannter von mir hat die Autos gezählt und festgestellt, dass darunter 25 % ausländische Wagen waren und dass fast sämtliche ausländische Wagen Nummern getragen haben, die die ländlichen Bezirke betreffen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, durch die Partei oder den Landbund darauf hinzuweisen, dass gerade die Landbevölkerung in dem Bezug von Inlandsware wegweisend voranschreiten muss."

Da halten die Grossagrarien schöne Reden über den Schutz der deutschen Arbeit - Deutsche, helft dem deutschen Landwirt - und dann kaufen sie ausländische Wagen und natürlich die teuersten. Aber wie ist uns denn? Wir hören dauernd Klagen über die Not dieser "Landbevölkerung", lies der Grossagrarien. Sollte nicht die Not von den teuren ausländischen Autos herkommen? Oder kommen vielleicht die teuren ausländischen Autos von der Not her, will sagen, von der Osthilfe?

Aus aller Welt

Der zweite Sklarek=Tag.

Die Geschäfte der Stadt Berlin - Kieburg (+) soll an allem schuld sein.

SPD. Am zweiten Verhandlungstag im Sklarek=Prozess vor der Grossen Strafkammer beim Amtsgericht Berlin=Mitte versucht Stadtbankdirektor Hoffmann noch einmal zu begründen, dass es sich bei seinen Beziehungen zu den Sklareks nur um eine reine "Geschäftsfreundschaft", gewissermassen um die Erfüllung einer geschäftlichen Pflicht gehandelt habe. Die Brüder Sklarek hätten sein grösstes Vertrauen besessen, die prominentesten Persönlichkeiten wären bei ihnen aus und ein gegangen, ausserdem hätten sie gute "Informationen" aus dem Rathaus besessen. Aber wenn er auch einige Male mit ihnen in Wachtlokalen zusammen gewesen sei, so habe er doch nicht die persönliche Freundschaft der Brüder Sklarek gesucht. Leo Sklarek erwidert auf diese Darlegungen sehr erregt, dass er in den Lokalen stets für Hoffmann gezahlt habe, dass Hoffmann ihm auch mit seiner Familie ins Bad nachgefahren wäre - rein "geschäftlich" sei die Freundschaft also nicht gewesen.

Dann kommen die Geschäfte der Sklareks mit der Berliner Anschaffungs=Gesellschaft (BAG) und Kleider=Vertriebs=Gesellschaft (KVG) zur Sprache. Die BAG war gegründet worden zur Vornahme von Einkäufen von Waren für die städtischen Beamten und Angestellten, die KVG verkaufte auch an das Publikum. Die Gesellschaften, die sich später vereinigten, arbeiteten bis zum Jahre 1924 mit beträchtlichen immer grösser werdenden Unterbilanzen. 1925 ging die KVG in den Besitz der Brüder Sklarek über. Die Sklareks stehen - entgegen der Anklage - nach wie vor auf dem Standpunkt, dass sie ihrerseits die KVG nicht übervorteilt haben, um sie zum Zusammenbruch zu treiben und dann zu "schlucken". Es seien tatsächlich in den Büchern der KVG Falschbuchungen im grossen Umfang vorgenommen worden, aber zu diesen Falschbuchungen wollen die Brüder Sklarek erst veranlasst worden sein; auf diese Weise sollten die übernommenen Unterbilanzen aus der Welt geschafft werden. Der grosse Schuldige, führt der Angeklagte Leo Sklarek aus, sei der verstorbene KVG-Direktor Kieburg, ohne dessen Wirken er "niemals in den ganzen Mist hineingekommen" wäre. Bürgermeister Scholtz habe zugegeben, dass er von den Falschbuchungen Kenntnis besass; er hätte aber nichts unternommen, um einen Skandal zu verhüten. Rechtsanwalt Pindar ergänzt für die Brüder Sklarek, dass in der BAG und KVG das Defizit schon in die Hunderttausende gestiegen sei, bevor die beiden Gesellschaften mit Sklareks in Geschäftsverbindung traten.

Es wird dann der frühere Köpenicker Bürgermeister Kohl vernommen, der aus sagte, sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der BAG und KVG gewissermassen nur nebenbei ausgeübt zu haben. Er habe zwar den Abschluss grösserer Geschäfte mit Kieburg besprochen, sich im übrigen aber auf dessen Korrektheit verlassen. Erst kurz vor dem völligen Zusammenbruch der beiden Gesellschaften habe er erfahren, dass die BAG und KVG mit solchen Verlusten gearbeitet hätten; er habe jedoch diese Verluste auf die allgemeine schlechte Konjunktur zurückgeführt. Die von den Brüdern Sklarek gemachten Offerten seien durchaus günstig gewesen. Er hätte den Sklarek=Geschäften um so eher zugestimmt, als an die von den Sklareks beschäftigten Arbeiter stets Ia-Tarife bezahlt worden wären. Tatsächlich sei doch auch die von der KVG gelieferte Bekleidungsware so billig an die Bevölkerung abgegeben worden, dass sich die KVG sogar den Zorn und den schriftlichen Protest des "Reichsverbandes für Herren- und Damenbekleidung" zugezogen

habe. Der Vorsitzende hält nun dem Angeklagten Kohl vor, dass zu viel Ware dagewesen sei, die nicht verkauft werden konnte. Kohl gibt die geschäftliche Fehldisposition zu, meint aber, dass gerade in den kritischen Jahren 1923 und 1924 bei der gesamten Kaufmannschaft der Glaube an die Ware grösser gewesen sei als der Glaube ans Geld. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Sklareks vielleicht infolge irgendwelcher "Nachhilfe" so grosse Aufträge erhalten hätten, erwidert Kohl, dass er niemals irgendwelche Zuwendungen erhalten habe; er sei mit den Sklareks nicht befreundet gewesen; er habe; er sei mit den Sklareks nicht befreundet gewesen; er habe mit ihnen nicht privat verkehrt. Auch Willi Sklarek äussert sich hierzu: "Wir haben unsere Aufträge glatt erhalten; es wurde nicht nachgeholfen. Niemand ist bestochen worden. Wenn wir unseren Freunden - zu denen Kohl nicht gehörte - Geschenke machten, so geschah das nicht, um irgendwelche Vorteile davon zu haben". Leo Sklarek: "Ich war mit Kohl nie privat zusammen."

Indes verweist der Vertreter der Staatsanwaltschaft nochmals auf die vorläufige Unterstellung der Anklage, dass Kohl den Sklareks hohe Aufträge trotz ihrer Unzweckmässigkeit zuführte, weil er bestochen war. Die Berechtigung dieses Verdachtes unterstreicht der Vorsitzende durch einen Vorhalt: Nach der Anklage soll diejenige Offerte der Brüder Sklarek, die dann zum Abschluss eines 400 000 Mark=Auftrages führte, in der Aufsichtsratssitzung der KVG vorgelesen worden sein; der Name Sklarek sei jedoch hierbei nicht gefallen. Kohl und der gleichfalls angeklagte ihm unterstellte Stadtratsrat Sokolowski bestreiten diese Möglichkeit.

Es wird dann ziemlich ausführlich, aber ergebnislos darüber diskutiert, wie es kam, dass die KVG von der Stadt Berlin für die Ausführung des Sklarek=Auftrages 500 000 Mark zur Verfügung gestellt bekam, obwohl der Auftrag nur auf 400 000 Mark lautete. Der angeklagte frühere Stadtrat Degner greift an dieser Stelle der Verhandlung die absolute unzureichende Geschäftsführung des verstorbenen KVG.=Direktor Kieburg stark an. Die hauptamtlichen Prüfungsgänge der Stadt hätten mit ihren Beanstandungen viel zulange zurückgehalten. Es sei auf seine Initiative zurückzuführen, dass Kieburg im Jahre 1926 von seinem Amt verschwunden wäre. Er, Degner, habe damit im Interesse der Stadt Berlin seine Pflicht getan.

+ + +

Der "harmlose" Bazillus.

Fragen, auf die der Calmette=Angeklagte Altstaedt die Antwort schuldig blieb

SPD. Lübeck, den 15. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Calmette=Prozess kommt mehr und mehr ins Schleppen. Das Ende ist nicht abzusehen. Dr. Altstaedt, der immer noch vernommen wird, ist bereits sichtlich abgekämpft und zermürbt. In einem längeren Vortrag über die Fortschritte des Calmette=Schutzimpfverfahrens seit 1927 (seit der Warnung des Reichsgesundheitsrats vor diesem Verfahren) wiederholt der Angeklagte nur frühere Aussagen.

Anschliessend fragt Dr. Wittern (Nebenkläger): "Warum hat Dr. Altstaedt nicht Anordnungen getroffen, dass die Schutzfütterung nur auf Anweisung eines Arztes und nur nach genauer Prüfung jedes einzelnen Falles erfolgen darf?" Dr. Altstaedt antwortet: "Das hielt ich nicht für erforderlich. Der Bazillus Calmette-Guérin ist so harmlos wie Milch und Zuckerwasser". (Grosse Erregung bei den Eltern der Nebenkläger). Rechtsanwalt Dr. Wittern fragt weiter, welche Massnahme der Angeklagte getroffen habe, damit die Aufbewahrung der Kulturen und Herstellung des Impfstoffes in Lübeck genau nach den Vorschriften Calmettes erfolge. Schliesslich will Dr. Wittern wissen, warum der Angeklagte vor Ausgabe des Impfstoffes keine Tierversuche gemacht habe, obwohl man in Lübeck

die Bazillus Calmette=Guérin=Kulturen nicht auf dem von Calmette vorgeschriebenen Nährboden weiter verimpft habe. Diese äusserst wichtigen Fragen werden von Dr. Altstaedt nicht beantwortet! Auf eine weitere Frage von Rechtsanwalt Dr. Frey an Dr. Altstaedt, was er denn getan habe, um sich zu überzeugen, dass das in Lübeck hergestellte Mittel der gleiche Impfstoff sei wie der von Calmette hergestellte, erwidert Dr. Altstaedt, dass er sich auf die Autorität Professor Deykes verlassen habe.

Im Weiterverlauf der Sitzung wird dann noch erörtert, warum der Angeklagte obwohl er die noch heute geltende kaiserliche Verordnung vom 22. Oktober 1901 kannte, seine vorgesetzte Behörde nicht darauf hinwies, dass nach dieser Verordnung der in Lübeck hergestellte Impfstoff nicht von Hebammen, sondern nur von Apotheken abgegeben werden darf. Dr. Altstaedt erwidert, er sei der Meinung gewesen, das Calmette-Mittel falle nicht unter diese Verordnung. Eine nähere Begründung seines Standpunktes lehnt der Angeklagte ab.

Endlich geht auch die Staatsanwaltschaft etwas aus ihrer Reserve heraus. So fragt Staatsanwalt von Beust den Angeklagten, warum er es nicht für erforderlich gehalten habe, die Lübecker Bevölkerung völlig über das Calmetteverfahren aufzuklären, warum bei Propagierung des Calmette-Verfahrens das Wort "Impfung" vermieden worden sei, warum man der Bevölkerung nicht mitgeteilt habe, dass die Calmette-Kulturen von einem lebenden Bazillus stammen, warum der Angeklagte die Bevölkerung nicht durch öffentliche Vorträge aufgeklärt habe. Die Antworten Dr. Altstaedts können allerdings kaum befriedigen.

Die Verhandlungen werden Freitag fortgesetzt.

Matuschkas Schuld. Die Wiener Vernehmungen des Eisenbahnattentäters Sylvester Matuschka lassen kaum einen Zweifel darüber bestehen, dass Matuschka ausser dem Attentat von Bia Torbagy auch der Anschlag von Jüterbog zur Last zu legen ist. Matuschka ist zwischen dem 15. und 30. April dieses Jahres und ausserdem Anfang August in Berlin gewesen. Matuschka sagt aus, dass ihn der geheimnisvolle "Bergmann" zu der Reise nach Berlin veranlasst habe; es sollten unter seiner Mitwirkung in Berlin "kommunistische Keimzellen auf christlich-sozialer Grundlage" geschaffen werden. Die Zellenversammlungen hätten in einem Hause in Berlin N. stattgefunden. Matuschka sagte ferner, dass er in kleineren Hotels in der Nähe des Görlitzer Bahnhofs übernachtet habe und einige male auch im Wochenendhaus einer Wiener Bekannten in Caputh bei Potsdam. Den Namen dieser Bekannten nannte Matuschka nicht. Zwei von der Berliner Polizei ermittelte, in Caputh wohnende Wienerinnen bestreiten die Bekanntschaft mit Matuschka.

Schon unmittelbar nach dem Jüterboger Attentat wies eine Spur nach Caputh. Als Matuschka in einem Installationsgeschäft in der Berliner Friedrichstrasse die beim Attentat verwandten Utensilien besorgte, machte er Angaben über einen irischen Offizier Carnell aus Caputh, er wollte durch diese Erzählung der Verkäuferin seinen ausländischen Dialekt erklären. Matuschka sagt nun vor der Polizei aus, dass er in diesem Falle Personalangaben auf sich bezogen hätte, die in Wirklichkeit auf einen Caputher Bekannten seiner Wiener Freundin zutreffen. Tatsächlich wurde dieser Carnell in Caputh ermittelt; er hat aber mit dem Attentat nichts zu tun.

Wie von der Berliner Kriminalpolizei festgestellt wurde, wohnte in Caputh im Laufe des Sommers auch ein gewisser Dr. Bergmann, vielleicht Matuschkas "grosser Unbekannter". Im August reiste Dr. Bergmann, angeblich nach Wien. Seine Mittäterschaft ist jedoch nicht erwiesen. Ebenso wie Matuschka mit dem Namen des in Caputh wohnhaften früheren irischen Offiziers Carnell Missbrauch trieb kann er sich auch den Namen des Dr. Bergmann als den eines Mittäters "ausgeliehen" haben.

In der Nacht vom 8. zum 9. August, in der der Jüterboger Anschlag verübt wurde, will Matuschka nicht am Tatort, sondern in Caputh gewesen sein. Seiner Aussage zufolge konnte er jedoch keinen Schlaf finden; gegen Mitternacht will

er aufgestanden und zwei bis drei Stunden lang planlos spazieren gegangen sein. Da indes Caputh nicht allzuweit von Jüterbog entfernt ist, ist es möglich, dass Matuschka den Anschlag zur Zeit seines merkwürdigen mitternächtlichen Spaziergangs, der sich möglicherweise über einen noch grösseren Zeitraum erstreckt, ausgeführt hat.

Uebrigens wird noch bekannt, dass Matuschka im April dieses Jahres in Niederösterreich einen Steinbruch käuflich erwarb. Es soll ihm damals weder der in dem Steinbruch zu gewinnende Marmor noch dessen Verwertung interessiert haben, sondern ausschliesslich das für den Erwerb von Explosivstoffen in Oesterreich notwendige behördliche Sprengbuch. Die Ausfertigung des Sprengbuches soll Matuschka mit auffallender Ungeduld beschleunigt haben.

+ + +
Einbruch im Finanzamt. Aus zwei grossen Geldschränken des Tresorraums im Finanzamt Essen-Ost entwendeten Einbrecher 930 Mark in Bargeld, für 100 000 Mark Börsenumsatzsteuermarken und für 220 000 Mark Landesstempelsteuermarken. Von den Tätern fehlt jede Spur.

+ + +
Raubüberfall. Am Donnerstag nachmittag wurden in Stettin zwei Beamte des Finanzamtes, die 26 000 Mark Bargeld nach der Reichsbankhauptkasse bringen wollten, von zwei Männern aus dem Hinterhalt überfallen. Der eine Beamte konnte entkommen, dem andern entrissen die Banditen die Aktentasche mit 23 000 Mark Inhalt. Durch das sofort alarmierte Ueberfallkommando konnte der eine der beiden Räuber später festgenommen werden; Tasche und Geld waren noch in seinem Besitz. Nach dem zweiten Täter wird gefahndet.

+ + +
Tod einer Hundertvierjährigen. In Waldliesborn (Westfalen) verstarb im fast vollendeten 104. Lebensjahr "Oma Krämer", die älteste Frau Westfalens, vielleicht sogar die älteste Einwohnerin Deutschlands. Vor einem Jahr erzählte die Verstorbene im Westdeutschen Rundfunk von ihrem Leben.

+ + +
Explosionskatastrophe. Durch vorzeitige Explosion einer Dynamitmine in der Nähe von Czernowitz (Nord-Rumänien) wurden 4 Arbeiter getötet, 15 verletzt.

+ + +
"Die Kirche brennt". In der Metropolitan-Kirche zu Jassy (Rumänien) erlosch während des Gottesdienstes infolge Kurzschluss plötzlich das Licht. Die Rufe "Die Kirche brennt!" und "Rette sich, wer kann!", liessen eine furchtbare Panik entstehen; zahlreiche Kirchenbesucher, besonders Frauen und Kinder, wurden von der Menge zu Boden getreten und zum Teil lebensgefährlich verletzt.

+ + +
Katastrophe der Landstrasse. Auf der Rheinstrasse zwischen Oberwinter und Remagen bei Köln fuhr ein mit Gerste beladenes Fuhrwerk einer Köln-Mühlheimer Firma, dem ein Personenwagen angehängt war, in voller Fahrt gegen das Schutzgeländer der Eisenbahn und stürzte auf den etwa 5 Meter tieferliegenden Bahndamm. Das Lastauto wurde vollständig zertrümmert. Der Führer des Lastzuges erlitt einen schweren Schädelbruch, ein Schwager des Fuhrwerksbesitzers kam mit leichteren Verletzungen davon. Ein Wanderbursche, den man aus Gefälligkeit in dem angehängten Personenwagen mitgenommen hatte, erlitt Arm- und Beinverletzungen.



Krise und Sozialpolitik.

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in Genf zu seiner Herbsttagung zusammgetreten. Der bisherige Verlauf brachte bereits bemerkenswerte Beschlüsse und Auseinandersetzungen. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde der belgische Regierungsvertreter Maheim gewählt. Künftig soll jedes Jahr ein neuer Präsident gewählt werden. Zwecks Festsetzung der endgültigen Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1933 wurde das Internationale Arbeitsamt aufgefordert, über den Stand folgender Fragen Bericht zu erstatten: Bezahlter Urlaub, Arbeitslosenversicherung, Frauen- und Kinderarbeit untertags und Vierschichten-System in der Glasproduktion. Die Tagesordnung für 1932 steht bereits fest: Weiterberatung der Frage des Mindestalters für die Beschäftigung von Kindern in nichtgewerblichen Berufen, Alters- und Invalidenversicherung und Beseitigung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung. Beschlossen wurde ferner die Verlegung der Schiffahrtskonferenz über das Jahr 1932 hinaus. Ob es neben der Verwaltungsratstagung noch zu einer Besprechung der Regierungsvertreter über die internationalen Kohlenfragen kommt, steht im Augenblick noch nicht fest, da die englischen Regierungsvertreter wenig Interesse für eine solche Besprechung bekunden.

Von Unternehmerseite ist im Verwaltungsrat ein Vorstoss gegen die internationale Sozialpolitik unternommen worden. Die Unternehmer verlangen, dass jetzt infolge der Krise die Arbeit auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik abgestoppt werde. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wies das Ansinnen der Unternehmer energisch zurück. Er fragte die Unternehmer, wie sie sich denn eigentlich das Abstoppen vorstellten. Zunächst verpflichtete der Friedensvertrag zur Weiterführung der internationalen Sozialpolitik und dann sei doch gerade jetzt in der Krise Sozialpolitik notwendig. Sozialpolitik sei doch nicht eine Art sozialer Luxus, sondern eine soziale Notwendigkeit. Die infolge der Krise entstandenen wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern erheischten gebieterisch eine internationale Anpassung und Ausglei- chung der Arbeitsbedingungen, um die drohenden Gefahren unerhörter internationaler Schmutzkonzurrenz einzudämmen.

Der dem Verwaltungsrat vorgelegte Bericht des Direktors empfiehlt zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit vor allem zwei Hilfsmassnahmen: öffentliche Arbeiten in internationalem Masstab und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Durchführung der internationalen Arbeitsbeschaffung, hat die Bereitstellung eines Kredits von über 5 Milliarden Goldfranken zur Voraussetzung. In der Lösung der Kreditfrage liegt die Entscheidung über die Genfer Arbeitsbeschaffungspläne. Eine Utopie sind diese Pläne keineswegs, wenn man im Finanzausschuss des Völkerbundes mit etwas Energie und gutem Willen an die Bewältigung der Kreditfrage herangeht. Nach wie vor setzt sich Albert Thomas mit aller Kraft dafür ein, dass zur Milderung der zu erwartenden erhöhten Arbeitslosigkeit auch in internationalem Masstab unbedingt etwas geschieht. Ueber die internationalen Arbeitslosenziffern gibt das Arbeitsamt in einer neuen Aufstellung Aufschluss. Daraus geht hervor, dass sowohl in Europa wie in Uebersee die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen ist und zwar in 14 europäischen Ländern, in den Vereinigten Staaten, Kanada und Neuseeland gegen

11 Millionen im Vorjahr auf etwa 16½ Millionen im August 1931. Deutschland steht in der Arbeitslosigkeit an der Spitze der 17 Länder, auf die sich die Erhebungen des Amtes erstrecken.

Internationale Arbeitszeitverkürzung wollen die Unternehmer höchstens in Form einer Notmassnahme zugestehen, während die Arbeitergruppe eine generelle Arbeitszeitverkürzung fordert. Sie hat sich die Forderung des IGB auf internationale Einführung der 40-Stundenwoche zu eigen gemacht.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen müssen in Genf die Bestrebungen der Arbeiterschaft um internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und um Heilung der durch die Krise verursachten Schäden auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik mit aller Energie fortgesetzt werden, und daher ist die scharfe Zurückweisung der Unternehmerforderung auf Abstoppen der Sozialpolitik durch Albert Thomas nur zu begrüßen. Wenn irgend wann, dann ist jetzt internationaler sozialpolitischer Fortschritt notwendig. In allen Ländern versucht man durch direkten Lohnabbau oder durch Inflationslöhne wieder besser ins Exportgeschäft zu kommen. Der Endeffekt ist nur eine ungeheure Schlechterstellung der Arbeiter in der ganzen Welt. Die neuen Lohnsenkungen im deutschen Bergbau sind ein warnendes Beispiel. Die deutschen Unternehmer berufen sich auf die neuen englischen Inflationslöhne, Auch in Amerika sind trotz aller schönen Erklärungen der Unternehmer die Löhne scharf gedrückt worden. Gegenüber der Verschärfung der internationalen Schmutzkonzurrenz muss zur Abwehr geschritten werden, weil sonst die Arbeiterschaft in der ganzen Welt an den Bettelstab gebracht wird. Dazu kommt, dass auch die sozialen Einrichtungen, Sozialversicherung und Arbeiterschutz, Tarifrecht und Schlichtungswesen durch die Krise, wie ja die Vorgänge in Deutschland zur Genüge zeigen, aufs ärgste bedroht sind. Alle sozialen Errungenschaften der Arbeiter sollen, wenn es nach dem Willen des Unternehmertums geht, wieder verschwinden. Die sozialpolitische Einbusse der Arbeiterschaft ist bereits bedenklich gross. Eine Dreifachigkeit ist es daher, wenn in Genf die Unternehmer nun auch noch ganz allgemein ein Abstoppen der Sozialpolitik fordern.

SPD. Die Metallindustriellen haben auf Anweisung ihres Gesamtverbandes die Lohnabkommen für mehr als 600 000 Arbeiter gekündigt.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat dem Gesamtverband der Metallindustriellen in einer Eingabe mitgeteilt, dass jeder weitere Tariflohnabbau von den Metallarbeitern zurückgewiesen werden müsse. Die Tariflöhne in der Metallindustrie stünden an niedrigster Stelle, obwohl es sich bei dem Metallarbeiter um eine hochqualifizierte Arbeitskraft handle, deren Leistungsfähigkeit von der Arbeiterschaft anderer Industrien und anderer Länder nicht übertroffen werde. Wenn die Unternehmer darauf aufmerksam machten, dass 75 Prozent aller Metallarbeiter Akkordarbeiter seien, d. h. höhere Verdienste erzielten, als sich aus den Tariflöhnen ergebe, so beweiße das nur, dass 25 Prozent, d. h. Hunderttausende nur die völlig unzureichenden Tariflöhne bezögen und zwar auch dann, wenn sie bei Kurzarbeit nur 40 oder 24 oder noch weniger Stunden pro Woche beschäftigt seien. Der Hinweis der Unternehmer auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sei durchaus unbegründet. Die Tariflöhne der Metallarbeiter nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch in Holland, Schweden, Dänemark, England und in der Schweiz seien nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes im Jahre 1930 um 20, 30, 50 und mehr Prozent höher gewesen als in Deutschland. Die bisher etwa vorgenommenen Abstriche an Löhnen jener Länder seien jedenfalls nicht höher als in Deutschland. Wenn man aber in einigen Ländern tatsächlich einen geringeren Lohn als in Deutschland gebe, so werde das nicht nur durch die Höhe der Leistungsfähigkeit der deutschen Metallarbeiter, sondern auch durch die erheblich ge-

ringeren Lebenshaltungskosten in den anderen Ländern ausgeglichen. So sei zum Beispiel die Kaufkraft des erheblich geringeren Lohnes der Metallarbeiter in Prag im Jahre 1930 nach den Angaben des IAA die gleiche gewesen wie die des Berliner Lohns.

Der Deutsche Metallarbeiterverband verlangt nach Ablehnung jeden Lohnabbaus eine Neuregelung der Arbeitszeit, um einen nennenswerten Teil der 735.000 arbeitslosen Metallarbeiter wieder in die Produktion zu bringen. Er hat zu diesem Zweck Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Unternehmer und Arbeiter beantragt und zugleich verlangt, dass die jetzt gekündigten Verträge bis zur Erledigung der Verhandlungen der Spitzenorganisation verlängert werden.

SPD. Keiner will es jetzt gewesen sein. Wenn man sie hört, die Helden der nationalen Opposition, dann sind und waren sie alle nur gegen die Inflation. Kein Kind, kein Engel ist so rein, wie die ertappten Inflationmacher. Dabei wimmeln ihre Programme und Vorschläge zur "Rettung" Deutschlands nur so von Inflationrezepten. Das von Gottfried Feder, dem Haupttheoretiker der Nationalsozialisten, geforderte "Notgeld" wie sein "Geldbeschaffungsrecht" des Staates zur Durchführung grosser volkswirtschaftlicher Aufgaben sind nichts anderes als Inflationrezepte genau so wie die von Hugenberg vertretenen Binnenmarktpläne. Aber selbst wenn die Helden der nationalen Opposition keine Inflationprogramme fabriziert hätten - ihre Taten sind Inflationstaten. Ihr ganzes Treiben ist nichts anderes als Förderung der Inflation. Weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus sieht man das jetzt ein. Eine Regierung Hugenberg - Hitler muss die deutsche Währung gefährden. Das erkennt man jetzt selbst in den Kreisen der Deutschen Volkspartei, soweit sie sich durch die Dingeldeyerei nicht den Kopf verdrehen liessen, wie der Abschiedsbrief des früheren Volksparteilichen Vizepräsidenten des Preussischen Landtags v. Eynern an seine Wähler beweist.

Was die nationale Opposition treibt, ist nichts anderes als ein Verbrechen. Dass der Endeffekt dieses Treibens nichts anderes sein kann als Währungskatastrophe und völliger Zusammenbruch, steht für jeden der denken kann, klar fest. Vielleicht erkennt jetzt auch mancher Arbeiter, dem die Haltung der Sozialdemokratie seit den Hitlerwahlen nicht passte, dass die Selbstbeherrschung und die kühl abwägende Politik der Partei für die Arbeiter wie für die Sparer und für alle kleinen Existenzen der letzte Schutz war. Hätte sich die Partei von der allgemeinen Verwirrung der Geister anstecken lassen - die Not wäre ins Unermessliche gestiegen. Es gibt Leute, die leichtsinnig drauflos schwadronieren und sagen, schlimmer könne es nicht kommen. Das hat man aber schon seit langem gesagt und es ist immer schlimmer gekommen, und für jeden, der nüchtern die durch die Weltkrise geschaffene Gesamtlage betrachtet, ist es garnicht schwer zu erkennen, dass es sehr wohl noch schlimmer kommen kann.

Die Klarstellung der Situation, die die Harzburger Konterrevolutionäre unfreiwillig herbeigeführt haben, ist von der grössten Bedeutung. Die Massen können und müssen jetzt erkennen, wo sie stehen, dass sie vor einem Abgrund stehen. Alle, die es mit den Volk und mit Deutschland gut meinen, müssen jetzt das Letzte dran setzen, um noch vor dem Beginn des Winters dafür zu sorgen, dass nach der Klärung der Situation auch eine Klärung der Geister eintritt.



Das Wunder von Leuna.

(Eine Kosten- und Rentabilitätsfrage).

SPD. In Deutschland prägen sich seit einiger Zeit Bestrebungen aus, den Bedarf an Mineralölen mehr als bisher im Lande selbst zu decken. Von einem Verbrauch in Höhe von 3,5 Millionen Tonnen im Jahre 1930 wurden in Deutschland selbst nur 700 000 Tonnen (Benzol, Kartoffelsprit, in Deutschland gefördertes Rohöl und Leunaöl) erzeugt. Für eine wesentliche Steigerung der deutschen Produktion kommen die Benzolgewinnung, die sich ja nach dem Umfang der Stein- und Braunkohlenindustrie richten muss, und der Kartoffelsprit, der viel zu teuer ist, nicht in Frage. Man ist dabei auf die deutsche Erdölförderung und auf das Leunaöl angewiesen.

Deutschland hat im Jahre 1930, zum grössten Teil in Hannover, etwa 170000 Tonnen Erdöl gefördert. Es ist möglich, dass die Förderung stark gesteigert werden kann und zwar dadurch, dass man durch Tiefbohrung unter die Salzlagerrstätten geht, wo aller Wahrscheinlichkeit nach reichlich Erdöl lagert. Fürs erste erscheint wichtiger, dass man sich in der Verarbeitung des deutschen Erdöls grundlegend umgestellt hat. Das hannoversche Erdöl wurde bisher, weil es stark paraffinhaltig ist, in der Hauptsache auf Schmieröl verarbeitet. Erst die Preussag entschloss sich, in Gemeinschaft mit der Oelgewerkschaft Elwerath und mit dem Kalikonzern Wintershall in Miesburg am Mittellandkanal eine Grössraffinerie zu bauen, die 80 000 Tonnen im Jahr bewältigen soll und mit hochmodernen Krackanlagen, die auf das hannoversche Oel mit gutem Erfolg ausprobiert sind, arbeiten wird. Erst wenn Miesburg fertig ist, können die hannoverschen Oele zu den wertvolleren Benzin verarbeitet werden.

Bleibt die grosse Frage, ob es gelingen wird, die deutsche Erdölförderung dauernd zu steigern. Die Ungewissheit bei der ganzen Frage spricht natürlich für die Ueberlegung, grosse Anlagen nicht ausschliesslich auf Rohöl abzustellen. Mittel und Wege, diese Einseitigkeit zu vermeiden, bietet die Hydrierung, bei der es technisch gleichgültig ist, ob man von Rohöl, Teer oder Kohle ausgeht. Gegenüber Kohle, die praktisch ja unbegrenzt vorhanden ist, wird Rohöl in Deutschland wahrscheinlich immer das seltenere Produkt sein. Beim Kracken muss man sich auch damit abfinden, dass bestimmte Mengen an weniger wertvollen Schwerölen anfallen. Bei der Hydrierung kann man aber regulieren, welche Endprodukte man haben will. Gerade die Regulierbarkeit und die Rohstoffsicherheit sprechen auf jeden Fall gegen das Kracken und für die Hydrierung. Wir werden aber sehen, dass man die Frage Hydrierung oder Kracken so noch nicht abtun kann.

Die Hydrierung, wobei man gewöhnlich an Kohleverflüssigung denkt, hat die Phantasie der Aussenstehenden seit Jahren stark beschäftigt. Und doch handelt es sich um einen bekannten chemischen Prozess, um die Anreicherung von Wasserstoff an einen anderen Stoff, um Anreicherung von Wasserstoff an die Kohle. Dieselben Stoffe, die in dem Benzin enthalten sind und in unseren Verbrennungsmaschinen unheimliche Kräfte entwickeln, also Kohlenwasserstoffe, sind auch in der Kohle enthalten. Die Kohle ist jedoch wasserstoffarm. Man muss ihr, um Benzin zu erzeugen, Wasserstoff zuführen. Die Kohle wird gewissermassen mit Wasserstoff zwangsverheiratet. Man spricht hier von Anreicherung und von Anlagerung. Dass man den festen Brennstoff Kohle durch Wasserstoffanreicherung

in flüssige Produkte überführen kann, weiss man schon seit 70 Jahren. Die Hydrierung ist absolut nichts Neues. Die I.G. Farbenindustrie wendet sie in ihrem Werk Leuna bei Merseburg auf verschiedenen Gebieten an. So entsteht durch Anreicherung von Wasserstoff an Stickstoff Ammoniak (Ammoniaksynthese) und durch Anreicherung von Wasserstoff an Kohlenoxyd Methanol (Methanolsynthese). Die ganze Kohleverflüssigung ist nichts anderes als eine Anlagerung von Wasserstoff an Kohle, wodurch Benzin entsteht. Die Schwierigkeiten lagen hier auf dem Gebiet, Sonderstähle zu schaffen, die gegen die hohen Drucke (bis 200 Atmosphären), gegen die hohen Temperaturen (400 bis 500 Grad) und gegen die Angriffe des in der Kohle enthaltenen Schwefels usw. genug widerstandsfähig sind. Diese Aufgabe hat die I.G. Farbenindustrie in Leuna gelöst. Technisch ist es vollständig gleichgültig, ob man bei der Gewinnung des Leunaöls von Rohöl, Teer oder Kohle ausgeht. Entscheidend ist Preisfrage und das ist auch die Antwort auf die Frage, weshalb man in Miesburg kracken will und nicht einfach hydriert.

Wenn man sich ein Bild über die Kostenfrage machen will, darf man natürlich nicht davon ausgehen, was die Anlage der I.G. Farben (etwa 100 Millionen Mark), in der das Leunaöl erzeugt wird, gekostet hat. In Leuna ist jahrelang experimentiert worden. Es ist nicht nur die Anlage, sondern auch eine unheimlich lange Kette von gigantischen Versuchen bezahlt worden. Würde man eine neue Anlage bauen oder wollte man die Anlage erweitern, baute man selbstverständlich billiger. Das enthebt aber die I.G. Farbenindustrie nicht von den Sorgen, das einmal investierte riesige Kapital abzuschreiben. Bleibt der Prozess an sich. Wie aus dem oben Gesagten bereits hervorgeht, spielen dabei die immer noch hohen Kosten für den Wasserstoff eine grosse Rolle. In Leuna hat man schon vor Jahren den Versuch eingeleitet, Wasserstoff sofort aus Braunkohle zu gewinnen, was natürlich den ganzen Prozess vereinfacht und verbilligt. Inwieweit diese Experimente auch finanziell Erfolg gehabt haben, ist nicht bekannt. Wichtiger ist auch der sogenannte Durchsatz, d.h. die Ausnutzung der ganzen Anlage in einer bestimmten Zeit. Der chemische Prozess, die Anreicherung von Wasserstoff an Kohle, vollzieht sich äusserst träge. Hier hat die I.G. Farbenindustrie Katalysatoren, Metalle, gefunden, die den Prozess beschleunigen und auch die Endprodukte beeinflussen lassen, ohne dass sich die Metalle vergiften und ersetzt werden müssen. Tatsächlich ging man in Leuna auch von einer ursprünglichen Produktion von 100 000 Tonnen aus, die dann auf 150 000 Tonnen gesteigert wurde. Jetzt spricht man von 350 000 Tonnen.

Sicherlich kann die I.G. Farbenindustrie ihr Öl billiger liefern als sie das gegenwärtig tut. Andererseits steht fest, dass die ganze Leunaölproduktion nur dann rentabel ist, wenn die Benzinpreise eine gewisse Höhe haben. Hier hat die Hydrierung es mit einem grossen Unsicherheitsfaktor zu tun. Kein Mensch kann wissen, wie sich die Ölpreise in der Welt endgültig gestalten, und schliesslich ist auch damit zu rechnen, dass die grossen angelsächsischen Ölkonzerne in Gemeinschaft mit ihrem sowjetrussischen Verbündeten eines guten Tages aus Konkurrenzgründen für Deutschland Ölniedrigstpreise machen. Man könnte diesen Unsicherheitsfaktor durch Zollschutz ausschalten. Dieses Ziel betreibt ohne Zweifel die I.G. Farbenindustrie. So erfreulich es wäre, unsern Benzinbedarf zum grössten Teil als bisher im Lande selbst zu decken, so unerfreulich ist die Aussicht, unsere schon stark belastete Verkehrswirtschaft durch Zölle usw. noch mehr zu belasten.

SPD. Die Deutsche Lufthansa wird während der Dauer ihres Winterflugplans also in der Zeit von 1. November bis Ende Februar, die wichtigsten internationalen und deutschen Fernstrecken in Betrieb halten. So werden die Strecken Berlin-Hannover-Amsterdam-London, Berlin-Hannover-Köln-Paris, Berlin-Dresden-Prag-Wien, Berlin-Halle bezw. Leipzig-Nürnberg bezw. Fürth-München keinerlei Unterbrechung erfahren. Desgleichen wird man die Flugverbindung nach den Grenzmarken Berlin-Stettin-Danzig-Königsberg und Berlin-Breslau-Gleiwitz und Frankfurt-Köln aufrechterhalten. Schliesslich wird auch die Linie Stuttgart-Genf-Marseille-Barcelona als Frachtstrecke, in Stuttgart mit Anschluss an die Nachtschnellzüge, den ganzen Winter über betrieben. Aufrecht erhalten bleiben auch die innerdeutschen Strecken Hamburg-Hannover-Frankfurt-Stuttgart, Mannheim bezw. Ludwigshafen bezw. Heidelberg-Frankfurt-Düsseldorf-Essen, Halle bezw. Leipzig-Dortmund-Köln und Nürnberg bezw. Fürth-Frankfurt. Eine Stilllegung kommt hier nur in der kurzen Zeit nach Weihnachten bis zum 7. Februar in Frage. Insgesamt werden 18 deutsche und 10 ausländische Grosstädte im Winterflugverkehr von der Lufthansa berührt. Fort fallen die Verbindungen nach Kopenhagen und zwischen München und Wien, die im vorigen Winter befliegen wurden

SPD. Die deutsche Produktion von Roheisen und Rohstahl ist im September weiter gesunken. Die deutschen Hochofenwerke stellten im September 438 000 Tonnen Roheisen her gegenüber 499 000 Tonnen im August. Die arbeitstägliche Leistung war im September mit 14 605 Tonnen um 9 Prozent niedriger als im Vormonat (16 100). Im September des vorigen Jahres wurden 653 000 (arbeitstäglich 21 762) Tonnen Roheisen produziert. Die Septemberproduktion dieses Jahres macht etwa 38 Prozent der höchsten arbeitstäglichen Gewinnung der Nachkriegszeit, die im Juli 1929 zu verzeichnen war, aus.

Die deutschen Stahlwerke stellten im September 1931 = 593 000 Tonnen Rohstahl (im August 690 000 Tonnen) her. Die durchschnittliche arbeitstägliche Gewinnung war mit 22 820 Tonnen um 14 Prozent niedriger als im August (26 535 Tonnen). Im September vorigen Jahres wurden 814 000 Tonnen Rohstahl (arbeitstäglich 31 303) erzeugt. Die Septemberproduktion dieses Jahres macht etwa 40 Prozent der höchsten arbeitstäglichen Erzeugung der Nachkriegszeit aus.

SPD. Der für den Monate September vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine errechnete Ernährungsindex, Preise von 1926 = 100 gesetzt, beläuft sich auf 86,1 gegenüber 87,3 im Monat August. Wenn man den amtlichen Ernährungsindex, der auf den Preisen von 1913 basiert, auf den konsumgenossenschaftlichen Index umrechnet, ergibt sich für den Monat September eine Kennziffer von 86,5 gegenüber 87,3 im Monat vorher.

SPD. Dass mit den landwirtschaftlichen Notstandskrediten grosser Unfug getrieben worden ist, dürfte hinreichend bekannt sein. In der Regel richteten es die Grossagrariere so ein, dass sie sich die Verteilung der Kredite in die Hand spielten, "weil die Verteilung nur von Fachleuten vorgenommen werden könnte". Die Agrariere machten immer grossen Krach, wenn mal vorgeschlagen wurde, die Verteilung anderweitig zu regeln. Selbstverständlich war die Aufnahme eines landwirtschaftlichen Notkredits ein gutes Geschäft. An sich ist der Zins niedrig; für die ersten zwei Jahre brauchen keine Zinsen gezahlt zu werden. Das erklärt das Interesse der Grossagrariere an der Verteilung der landwirtschaftlichen Notstandskredite.

Wie diese Kredite verteilt worden sind, das zeigt die Verteilung im Kreise Anklam (Pommern). Hier wurden nicht weniger als 1,6 Millionen Mark Kredite verteilt und zwar erhielten:

27 Landwirte	je 33,4 Mark oder insgesamt	909 Mark
49 Landwirte	je 71,9 Mark oder insgesamt	3521 Mark
260 Landwirte	je 239 Mark oder insgesamt	72 141 Mark
168 Landwirte	je 702,1 Mk. oder insgesamt	117 956 Mark
247 Landwirte	je 2001 Mark oder insgesamt	494 252 Mark

und schliesslich

12 Landwirte je 6972 Mark oder insgesamt 83 664 Mark.

Daraus ist zu folgern, dass 31 Landwirte zusammen 823 609 Mark oder je 26 568 Mark erhielten. Das waren die ganz Grossen im Kreise Anklam. Die Kleinen liess man mit unzureichenden Krediten laufen. Sich selbst versorgte man aber äusserst reichlich. Zu diesen Grossen gehören u. a.

Gräfin von Schwerin-Putzar	60 000 Mark
Gräfin von Schwerin-Spantekow	53 800 "
Graf von Schwerin-Schwerinsburg	40 000 "
Graf von Schwerin-Boldekow	28 000 "
Graf Schwerin-Schmuggerow	25 000 "

Weiter wird mitgeteilt, dass alle Grossgrundbesitzer, die Kredite verlangt haben, berücksichtigt worden sind. Von den 3 000 Landwirten, die sich um Kredite bemühten, erhielt aber nur der vierte Teil solche.

Das ist die Wirtschaft in Ostelbien, die uns die nationale Opposition als das Ideal Deutschlands anpreist.

SPD. Die Wirtschaftspartei, die vor einigen Tagen den Zusammenbruch einer ihr nahestehenden, von dem wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Drewitz betriebenen Mittelstandsbank in Berlin-Charlottenburg erlebte, hat ihre Stellung zum Kabinett Brüning von der "Sanierung der Genossenschaftsbanken" abhängig gemacht. Zu gleicher Zeit sind, in der bürgerlichen Presse Mitteilungen erschienen, wonach die Kreditgenossenschaften - es handelt sich hier um mittelständlerische Genossenschaften, die nichts mit den Konsumgenossenschaften zu tun haben - stark unter der Kreditkrise gelitten hätten und nun gezwungen wären, Reichsbankkredit in Anspruch zu nehmen. Dem solle die Forderung der Wirtschaftspartei dienen. Dazu wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

"Zeitungsmeldungen über eine angebliche Hilfsaktion für die Kreditgenossenschaften entsprechen nicht den Tatsachen. Nach Mitteilungen von massgeblicher Seite haben die Liquiditätsreserven der beiden zentralen Kreditinstitute des Genossenschaftswesens, der Preussenkasse und der Dresdner Bank, bisher für die Befriedigung erhöhter Kreditansprüche ausgereicht und lassen trotz der starken Abzüge nicht einmal eine das normale Mass übersteigende Anspannung erkennen. In Gang befindliche Verhandlungen haben keineswegs eine Hilfsaktion zum Gegenstand; es sollen lediglich alle Vorsorgen getroffen werden, dass bei weiterem Anwachsen der Kreditbeanspruchung allen Anforderungen der Wirtschaft voll Rechnung getragen werden kann".

Danach ist die Forderung der Wirtschaftspartei unnötig und überflüssig und nur geeignet, dem Ansehen der gewerblichen Genossenschaften Abbruch zu tun. Um so verwunderlicher ist das Vorgehen der Wirtschaftspartei. Soll es sich dabei nur darum handeln, für die Wirtschaftspartei Propaganda zu machen oder meint die Wirtschaftspartei mit ihrer Forderung nach Sanierung nur die Bank des Herrn Drewitz?

SPD. Die vor einigen Monaten erfolgte Bankkonzentration im Freistaat Sachsen scheint automatisch zu einer neuen industriellen Konzentration zu führen und zwar ist davon bereits die Autoindustrie ergriffen. Es kommt die Zusammenfassung folgender Werke in Frage: Horch, DKW (Rasmussen-Zschopau), Audi und Wanderer, Schon jetzt besteht ein enges Verhältnis zwischen Zschopau und Audi. Beide Unternehmungen werden auch seit längerem von der sächsischen Staatsbank kontrolliert, die auch auf Horch Einfluss hat. Die Schaffung einer sächsischen Autounion wird natürlich von einschneidenden Folgen begleitet sein. So ist die Vereinigung wohl kaum möglich, wenn die Unternehmungen nicht von ihren kranken Teilen und von ihrem Ballast befreit werden. Diese Befreiung ist aber nur durchzuführen, wenn die Bankgläubiger auf ihre Forderungen zum Teil verzichten. Es handelt sich hier um einen Vorgang, der typische Bedeutung hat.

SPD. Der Goldverlust der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird mit 657 Millionen Dollar angegeben, wovon der Hauptteil in den letzten 4 Wochen verloren gegangen ist. (Abzüge nach Frankreich, Holland und der Schweiz). Damit verlor Amerika ungefähr vier Fünftel des Goldbestandes, den es in den letzten zwei Jahren erworben hat. Der Goldvorrat beträgt trotzdem immer noch 4,5 Milliarden Dollar, womit der Notenumlauf bis zu 90 Prozent mit Gold gedeckt ist.

Amtliche Milchpreise.

SPD. Die Preise für Milch für die Zeit vom 16. bis 22. Oktober, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A=Milch 14,6 für B=Milch 10,1, für tiefgekühlte Milch 15,1, für molkereimässig bearbeitete Milch 16,35 Pfg. Die A=Milchmenge ist auf 80 Prozent des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 15. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 93, abfallende Sorten 89 RM. Tendenz: ruhig.

Versackt.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Okt.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag wieder in sehr ruhiger Haltung. Die Grundstimmung war fester; jedoch hielt sich die Umsatztätigkeit in allerengsten Grenzen. Es fehlte fast vollkommen an Angebot in promptem Weizen und Roggen. Auf der anderen Seite waren aber auch die Mühlen und der Handel äusserst zurückhaltend. Am Markte der Zeitgeschäfte konnten sich die Preise für Weizen um etwa 1 bis 2 Mark, für Roggen um etwa 1 Mark befestigen. Auch im Handel mit effektiver Ware waren die Preise eher etwas höher. Am Mehlmarkt konnte sich keinerlei Geschäft entwickeln. Die Forderungen der Mühlen lauteten zwar unverändert; es zeigte sich allerdings hier und da die Tendenz, höhere Preise durchzusetzen, was jedoch in keinem Falle gelang. Der Hafermarkt hatte stetige Tendenz. Das Angebot war ausreichend und die Umsatztätigkeit hielt sich in üblichen Grenzen.

	14.Okt.	15.Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	213 - 216	213 - 216
Roggen	186 - 188	186 - 188
Braugerste	159 - 173	159 - 173
Futter- und Industriergerste	151 - 158	151 - 158
Hafer	140 - 148	140 - 148
Weizenmehl	27,25 - 32,25	27,25 - 32,25
Roggenmehl	26,25 - 28,75	26,25 - 28,75
Weizenkleie	10,20 - 10,40	10,00 - 10,20
Roggenkleie	9,15 - 9,40	9,10 - 9,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 227½ plus Brief (Vortag 226), Dezember 231 (228½). Roggen Oktober 197 - 196½ (195½), Dezember 197½ (196½). Hafer Oktober 152-151½ Brief (-), Dezember 153½ Brief (154).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 15. Oktober. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 12, über 60 gr 11,50, über 53 gr 11, über 48 gr 10,25. Frische Eier über 53 gr 10. Aussortierte kleine und Schmutzeier 7-8. B. Auslandseier: Dänen 18er 11,25, 17er 10,75, 15½-16er 10-10,25, Holländer 68 gr 12, 60-62 gr 11,25 - 11,50, Bulgaren 9,50-9,75, Rumänen 8 - 9,50, Russen normale 8, Polen normale 7,75 - 8,25, abweichende 7,25 - 7,75, kleine Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7. C. In- und ausländische Kühlhauseier grosse 7,50 - 8, Chinesen und ähnliche 8,25- 9,25. D. Kalkeier: extra grosse 9, grosse 8. Witterung: schön, Tendenz: freundlicher.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei Station vom 15. Okt.: weisse Kartoffeln 1,20 - 1,40, rote und Odenwälder Blaue 1,40 - 1,60, andere Gelbfleischige 1,60 - 1,80, Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 6 - 7 Pfg.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 78.

Berlin, den 15. Oktober 1931.

Ein Ehebuch von 1796.*

SPD. Vor mir liegt ein Buch, kostbar gebunden in rotes Leder mit Gold-
färbung: "In Kommission zu haben bey dem Rathsverwandten und Buchbinder
Helfferich in Stuttgart." Der Titel lautet: "Rechte und Verbindlichkeiten der
Weiber bei einem Concursprozess über das Vermögen ihrer Männer, nach deutschem
und besonders nach Württembergischem Recht." Der Verfasser heisst Dr. Benjamin
Friedrich Pfizer.

Dieser Dr. Pfizer behandelt die Rechtsgrundsätze, die er "theils aus dem
römischen, theils aus dem kanonischen und theils aus dem deutschen Recht ab-
leitet." Er weist auf das ungeheure Feld des bürgerlichen Rechtes hin und er-
läutert die Rechte der Frauen von drei Gesichtspunkten aus, "insofern sie dem
Eheweibe als Weibsperson, als Eheweib und als Glaubigerin zukommen." Dem Dr.
Pfizer sind "die sogenannten weiblichen Freiheiten seit langer Zeit ein Stein
des Anstosses."

Stolz heisst es in der Einleitung: "Das weibliche Geschlecht hat im Zwei-
fel mit dem männlichen gleiche Rechte und gleiche Verbindlichkeiten. Eine Zu-
sicherung, ein Kontrakt, ein Verbrechen macht der Regel nach das Weib ebenso-
sehr als den Mann verbindlich. Dagegen stehen dem Mann mehrere Rechte allein
zu, z.B. das Recht, öffentliche Ämter und Ehrenstellen zu verwalten, das Recht
an der Gesetzgebung Anteil zu nehmen, und das Recht, dasjenige Vermögen, wel-
ches ihm und seiner Ehefrau gemeinschaftlich zugehört, allein zu administrie-
ren." Dafür wird das Weib durch die Verminderung ihrer Verbindlichkeiten wie-
der entschädigt. "Sie ist befreit von der Verbindlichkeit, das Vaterland durch
ordentliche Kriegsdienste zu vertheidigen. Sie darf keine Pflugschaften und
andere öffentliche Lasten übernehmen. Sie kann wegen übernommener Bürgschaften
nicht belangt werden und kann von Schulden, welche für sie und ihren Ehemann
gemeinschaftlich sind, sich wieder befreien."

Das Weib steht unter Geschlechtsvormundschaft, die deutschen Ursprungs
ist. Die Geschlechtsvormundschaft hat ihre Ursache "in der Schwäche, welche
den Frauenzimmern ankleben soll, und in der Unwissenheit in Ansehung der Ge-
setze...." Dr. Pfizer sieht den Hauptgrund in der Erziehung der Frauenzimmer-
und in dem daher entstandenen geringeren Grade von Einsichten. "Das Weib ist
von Jugend auf beschränkt auf die Besorgung ihrer Haushaltung, und der ganze
Zirkel ihrer Bekanntschaft ist in ihrem Hause und in einigen Häusern der Nach-
barschaft. Nur was in diesem Zirkel vorgeht, macht den Gegenstand ihrer Unter-
haltung." Die Frauen wissen nichts von Gesetzen und nichts von dem, was in
Handel und Wandel vorgeht. Sie haben keine Gelegenheit, ihre natürlichen An-
lagen zu entwickeln, und stehen in dieser Rücksicht ohnehin gegenüber dem
männlichen Geschlechte zurück. Die Frauenzimmer können also die Folgen, die
aus ihren Handlungen entstehen, nicht berechnen und werden infolge der Weich-
heit ihres Charakters zu Handlungen, die ihnen nachtheilig werden, leichter als
die Mannspersonen veranlasst. Sie brauchen also bei ihren Rechtsgeschäften
den Beistand einer Mannsperson, meist des Ehemannes oder eines vom Richter
dazu autorisierten Mannes.

Verträge, die ein Frauenzimmer ohne Geschlechtsvormund abschliesst, nennt
man "hinkende Verträge", da sie meistens nicht rechtsültig sind. Eine Ausnah-
me machen Verträge, die eine selbständige Kaufmännin abschliesst. Ferner sind

Verträge ausgenommen, die Frauenzimmer abschliessen, welche die Rechte eines Regenten haben. Diese Ausnahme wird sogar ausgedehnt auf Gemahlinnen und Töchter von Reichsfürsten oder auf reichsunmittelbare Frauenzimmer.

Es gab damals schon Gütergemeinschaft. Es kamen auch Fälle vor, in denen der Frau ihr Vermögen zugesichert war, aber der Ehemann hatte die Benutzung und Verwaltung, oder die Ehefrau konnte sich einen Teil ihres Vermögens zur eigenen Verwaltung und Benutzung vorbehalten. Auch Ehekontrakte wurden schon geschlossen.

Es gab aber auch sogenannte "weibliche Freiheiten". Sie waren "eine durch Partikulargesetze oder Gewohnheit eingeführte Rechtswohlthat". Die Ehefrau sollte in einer Administration, an der sie keinen Anteil hatte, verantwortlich sein und deshalb gegen Nachteile geschützt werden, die durch die Administration ihres Mannes veranlasst würden. Je kleiner der Umfang der ehelichen Gütergemeinschaft, umso grösser war der Vorteil für die Geltendmachung der weiblichen Freiheiten. Dr. Pfizer ist, wie gesagt, Gegner der weiblichen Freiheiten. Die Weiber - so meint er - würden dadurch gleichgültiger gegen ihre Pflichten und würden den öffentlichen Credit, die Grundlage des allgemeinen Wohlstandes, vermindern. Die weiblichen Freiheiten widersprechen den Grundsätzen einer guten Gesetzgebung, denn danach nimmt die Frau nur an dem Nutzen, aber nicht an dem Schaden Anteil. Sie müssten also aus politischen Gründen gänzlich abgeschafft werden. Die Ehefrau kann z.B. die weiblichen Freiheiten anrufen in Ländern, in denen sie noch vor der Beerdigung des Leichnams ihres Mannes das Wohnhaus, das ihm gehörte, verlassen muss. Sie darf nur das, was sie auf dem Leibe trägt, mitnehmen, und dies darf auch nur in denjenigen Kleidern bestehen, die sie zuvor täglichgetragen hat. Die Schlüssel zur Wohnung muss sie der Obrigkeit übergeben. Wenn die Ehefrau einen verschwenderischen oder ausschweifenden Lebenswandel geführt hat, so geht sie ihren weiblichen Freiheiten verlustig.

Bei einem Konkurs des Mannes kann die Frau, falls Gütergemeinschaft besteht, nur das Vermögen, das sie noch zu erhoffen hat, vor den Ansprüchen der Gläubiger sichern. Alles andere muss sie den Gläubigern überlassen. Nach römischem Rechte gab es keine Gütergemeinschaft. Erst das deutsche Recht hat sie eingeführt. Aber alles, was die Frau an Kleidern, Schmuck usw. in die Ehe eingebracht hat, das sogenannte "Voraus", bleibt auch im Konkursfall ihr Eigentum. Lebt die Frau in keiner ehelichen Gütergemeinschaft, so gelten die Bestimmungen des römischen Rechtes, d.h. kein Gläubiger hat Anspruch auf ihr Vermögen.

Im allgemeinen war es also damals, unmittelbar nach der französischen Revolution, mit den sogenannten "weiblichen Freiheiten" nicht weit her. Pfizer nennt sie "eine unglückliche Erfindung der praktischen Rechtslehrer." Im Vergleich zum römischen Rechte brachte das deutsche Recht eher noch Rückschritte für die gesetzlichen Rechte der Frau. Selbst das heute geltende deutsche Recht zeigt immer noch eine starke Anlehnung an die Grundsätze, die Dr. Pfizer im Jahre 1796 aufgestellt hat.

Anna Blos.

Verzicht auf Gehaltsanspruch.^x

SPD. "Was hast Du denn nur heute, Else? Du bist ja ganz nervös." Die alte Frau Bremer sah seufzend, wie ihre sonst so ruhige Tochter, die Ernährerin der kleinen Familie, die Kaffeetasse beiseite schob und vom Frühstückstisch aufsprang. - "Lass man, Mutti, ich kann heute nichts essen; mir ist nicht so recht." Und schon hatte Else den Hut auf dem Kopfe, den Mantel übergezogen und sauste im Sturmschritt die vier Treppen hinunter. Erst auf der Strasse, wo sie sich vor Mutters Blicken sicher fühlte, fing sie an, langsamer zu ge-

hen. Sie hatte ja keine Eile, heute als erste ins Geschäft zu kommen. Sie wusste doch, was ihr blühte. Heute war der 15., der Tag, an dem wieder einmal "in Anbetracht der ständig wachsenden Generalunkosten und des verringerten Umsatzes notwendige Abbaumassnahmen durchgeführt werden mussten." Und vom Contor her, wo die Musterung der Opfer erfolgte, hatte sie Wind bekommen, dass sie wahrscheinlich diesmal zum Chef gerufen werden würde. Na ja, sie war schon 35 Jahre alt, ein Alter, in dem sich der Herr Chef oder seine Frau noch unwahrscheinlich jung fühlen würden, das aber bei den "Angestellten" nicht mehr gern gesehen wurde. Und da heute weniger zu tun war als früher, lag es nahe, dass der Chef auch an sie dachte, wenn's ans Kündigen ging. Bisher war sie immer noch so durchgerutscht, weil sie immer zu den "Stützen" im Geschäft gehört hatte. Du lieber Gott, wie hatte sie auch geschuftet, als die Konjunktur noch gut war! Von früh bis Abend immer gleichmässig sein, immer höflich, beherrscht wenn die Kundschaft auch noch so sehr krakeelte! Manches liebe Mal taten ihr die Füsse weh vom ununterbrochenen Stehen, und der Kopf schmerzte oft unerträglich vom grellen Licht, von dem Durcheinanderreden der ungeduldrigen Damen, die am liebsten alle auf einmal bedient werden wollten. - Aber sie hat sich niemals unterkriegen lassen, die Else. Auch im stärksten Sturm des Saisonausverkaufs hielt sie tapfer stand, und der Chef hatte es auch anerkannt, wenigstens in Worten; denn er rühmte ihr Verkaufstalent, ihre Ausdauer, und sagte mehr als einmal, dass sie bei ihm stets eine gute Nummer haben würde.

Das war nun aber schon eine Weile her, und inzwischen hatte sich vieles geändert. Das Geschäftshaus, das man mit unerhörter Verschwendung hatte ausbauen lassen, war nur noch selten voll besetzt; die verwöhnten Kunden mäkelten vielleicht noch mehr als früher; nur zahlen wollten sie nicht gern; - kurz, die goldenen Zeiten waren fürs erste vorüber. Und der Chef hatte seinen Riesen Cadillac umtauschen müssen gegen einen mittleren deutschen Wagen, und er wollte sogar aus seiner 20 Zimmer-Villa ausziehen. Na, allzu grosses Mitleid brauchte man mit ihm nicht zu haben; denn schliesslich konnte er mit seiner Frau auch ganz bequem in der comfortablen Sechszimmerwohnung auskommen, die er jetzt gewählt hatte. - Aber der "Chef" fand das nicht; er fühlte sich als bejammertes Opfer und liess seine Unzufriedenheit vor allem am Personal aus, das bei ihm jetzt nur als unnützer "Unkostenfaktor" erschien. Was wunder, dass die Entlassungen nur so nagelten, dass jeder Monat einen neuen Schub brachte!

Na, Else musste die Dinge eben so nehmen, wie sie lagen, und das Unvermeidliche abwarten. Sie kam noch gerade rechtzeitig ins Geschäft, ging auf ihren gewohnten Stand und wartete, wartete, diesmal nicht auf Kundschaft, sondern auf den Ruf aus dem Chefbüro. und richtig, da wurde sie auch schon gerufen. "Also, Fräulein Bremer, ich will keine grossen Reden halten. Sie wissen ja, wie es bei uns aussieht" - "bei uns?" dachte sie, "weiss er denn, wie es bei uns zu Hause aussieht, wo der Bruder seit über einem Jahre schon arbeitslos ist, wo die Mutter nichts mehr verdienen kann und alles von meinen paar Groschen abhängt, die sicher auch bald...;" ach, nur jetzt nicht daran denken; lieber gespannt dem Chef zuhören und sich ablenken lassen von dem entsetzlichen Druck, der auf ihr lastet! - Und da redete er auch schon weiter und verbreitete sich lang und breit über die Kündigungen, die er in letzter Zeit hatte aussprechen müssen. "Und, sehen Sie, Fräulein Bremer, mit Ihnen ist's doch so, dass ich Sie gern behalten möchte." Ein unterdrückter Laut Else schien seine Rede unterbrechen zu wollen. "Warten Sie nur einen Augenblick!" rief er hastig, denn ein Freudenausbruch jetzt passte schlecht in sein Konzept "So einfach liegen die Dinge auch nicht. Ich kann Sie nämlich nur halten, wenn Sie auf einen ziemlichen Teil Ihres Gehalts verzichten; sonst werden Sie ebenso entlassen wie die andern."

"Das geht doch aber nicht," entfuhr es Else; "ich kriege ja Tarifgehalt und darf gar nicht darunter arbeiten."

"Ja," sagte der Chef, "das mit dem Tarif ist so eine Sache; unter Tarif darf ich Sie zwar nicht engagieren. Aber da gibt's so feine juristische Un-

terschiede, mit denen man sich helfen kann. Es ist zum Beispiel durchaus zulässig, dass Sie auf einen Teil Ihrer Gehaltsforderung, die Ihnen ja in voller Höhe zusteht, bei der Auszahlung freiwillig verzichten. Dagegen kann niemand etwas einwenden, wenn Sie Ihrem Chef, dem's jetzt so schlecht geht, etwas schenken. - Im übrigen" - der neckische Ton war auf einmal ganz verschwunden -, "wenn Sie nicht wollen, dann muss ich Sie eben leider zum nächsten ersten entlassen."

Was sollte Else machen? Eine neue Stellung finden? Herrgott, das war doch so aussichtslos, und die Erwerbslosenunterstützung war so gering, und sie waren doch drei Menschen, die leben wollten! Musste sie da nicht zugreifen? Aber auf der andern Seite sollte sie auf ihr gutes Recht verzichten, zugunsten eines Mannes, der immer noch hundertmal mehr hatte als sie alle drei?

Der Chef, ein guter Menschenkenner, sah den Kampf, der sich in der Frau abspielte, und da er sich gern die gute Kraft für billiges Geld erhalten wollte, griff er wieder ein. "Sie können's ja garnicht verantworten, die Chance, die ich Ihnen gebe, aus reinem Eigensinn von sich zu weisen; denken Sie doch an Ihre Familie und machen Sie sich klar, dass Sie auf alle Fälle Ihre Stellung verlieren, wenn Sie nicht Vernunft annehmen!"

Dieser Hinweis bestimmte Elses Entscheidung. Sie gab dem Druck nach und blieb mit dem so stark verkürzten Gehalt. - Zu Hause schleppten sie sich nun ein paar Monate lang so weiter; aber allerhand Sachen wanderten ins Versatzamt, Läpperschulden mussten gemacht werden, und der immer so sorgfältig geführte Haushalt fing an zu verfallen, weil auch die geringste Ergänzung unmöglich geworden war.

Eines Tages war's dann doch so weit, dass Else endgültig gekündigt wurde. Durch ihren "Verzicht" hatte sie sich also doch nicht die kümmerliche Stelle sichern können. Wenn sie jetzt wenigstens noch das Geld hätte bekommen können, auf das sie vor ein paar Monaten "verzichtet" hatte!

Freunde rieten ihr, beim Arbeitsgericht die Differenz einzuklagen. Sie tut's - und gewinnt den Prozess. Denn die formalistische Rechtsprechung, die einen Verzicht auf die tarifliche Gehaltsforderung im Prinzip zulässt, schafft einen gewissen Ausgleich dadurch, dass sie einen Verzicht, der unter Zwang abgeschlossen wurde, für nichtig oder vernichtbar, d.h. anfechtbar erklärt. Macht der Arbeitnehmer das geltend, so kann der Arbeitgeber nicht etwa als Gegenrechnung eine Schadenersatzforderung aufstellen, weil er sich für durch den Arbeitnehmer "betrogen" fühlt. Denn der Arbeitnehmer hat ja nicht nur zum Schein sondern tatsächlich verzichtet; nur ist dieser Verzicht, weil er unter Druck erfolgt ist, nichtig oder anfechtbar, und der Arbeitnehmer kann nicht daran gehindert werden, auf diese Mängel des Verzichts hinzuweisen. Manche Arbeitgeber sind so vorsichtig, sich bei jeder Lohnzahlung schriftlich vom Arbeitnehmer versichern zu lassen, dass er weitere Forderungen nicht stellt. Doch auch dann ist der Arbeitnehmer nicht rechtlos; denn solche schriftlichen Erklärungen haben nur den Zweck, dem Arbeitgeber eine Umgehung des Tarifvertrages zu erleichtern. Da die Umgehung aber sittenwidrig ist, so ist sie ebenfalls nichtig. Jeder Arbeitnehmer also, der einen erzwungenen Verzicht auf seine Gehaltsforderung hat leisten müssen, hat die Möglichkeit, nach Verlassen der Stelle die Differenz einzuklagen.

Tardy.

SPD. Ein Fabeltier.^x In der Zoologiestunde fragt der Lehrer: "Was wisst ihr vom Storch?"

"Das ist ein Märchen, Herr Lehrer."

"Wir sind quitt!"^x

SPD. Das war vor einigen hundert Jahren; da hatte einer derer von Harteggen eine wohlhabende Bauerntochter zur Frau genommen. Es ist aber anfangs keine Liebe dabei gewesen; drum war auch ein Unsegen über den Beiden. Doch ich will berichten, wie ich es einer alten Chronik entnommen habe:

Gut einige Bogenschüsse vor der Burg hatte ein Bauer einen artigen Freihold besessen. Der hatte ihn ernährt, dass er sein Auskommen darauf fand, nicht zu viel, nicht zu wenig. Ein Kranz von hohen, buschigen Eichen hat den Hof schützend umstanden, dass man wohl meinen konnte, er stehe in einem kleinen Wäldchen. Der Hof aber hat den jungen Harteggen in der Seele gebrannt, so oft er ins Tal gesehen; denn er lag mitten zwischen seinen Feldern und nahm ihm die Aussicht auf die Äcker und Wiesen, die weiter talwärts lagen. Mit Bitten und Drohen ist der Harteggen an den Bauern gegangen, dass er ihm den Hof verkaufe. Aber der Alte hat nicht gewollt; die Scholle sei ihm lieb, darauf wolle er sterben.

So hat der Harteggen denn gewartet, bis einige Jahre darauf der Alte mit dem Tode abgegangen ist, und die einzige Tochter das Erbe angetreten, vermeinend, bei ihr werde er ein leichtes Spiel haben. Aber gefehlt! Sie hatte den starken und stolzen Sinn des Vaters geerbt und sagte, die Meinung des Vaters sei auch ihr heilig, und sie weiche nimmer von ihr ab. Da hat der Harteggen einen Fluch getan und ist grollend davon geritten.

Aber der Wille, den Hof zu besitzen, ist ihm nicht abgestorben, sondern hat wie ein fressendes Feuer in ihm getobt und die wunderlichsten Pläne in ihm reifen lassen. Danach ist er häufiger zu dem Mädchen geritten und hat gar lieb und freundlich getan und hat auch nicht mehr von dem Hofe geredet. Und da er glaubte, ihr Herz gewonnen zu haben, hat er ihr den Brautwerber ins Haus geschickt und ihr die Hochzeit angetragen.

Das Mädchen hat nicht "nein" gesagt; wengleich sein Herz nicht in Jubelfeier stand, so hatte es doch eine kleine Zuneigung zu dem Junker gefasst und vermeinte, das Weitere müsse die Ehe bringen. Also ward die Hochzeit mit Gepränge und lauter Lust gefeiert.

Danach fuhr der Junker mit seiner jungen Frau etliche Tage im Lande herum, um sie seiner Sippe vorzustellen.

Als er dann wieder heimkam, rührte er sie ans Fenster und wies stumm ins Tal. Da ging der Blick ungehemmt über die Äcker und Felder bis auf die Wiesen im Talgrunde, da legte sich kein Hof und keine Eichenkrone mehr dazwischen. Der Junker hatte in den Tagen der Reise das eingebrachte Hochzeitsgut umlegen lassen. Schon ging der Pflug über die Stätte, auf der vordem die Eichen gestanden und das Herdfeuer gebrannt hatte. Die Frau tat einen leichten Schrei; aber sie sagte kein Wort. Jetzt wusste sie, weshalb der Junker sie geheiratet hatte. Sie hielt ihren Schmerz mit beiden Fäusten, dass sie ihre Scham nicht weise. Der Harteggen sah sie an, und da er die Stille gewahrte, aber wohl wusste, was sie barg, kam ihn ein Erstaunen an, und da verging ihm der Spott. Und seiner Freude ward auch ein Teil genommen.

Darüber ging das Frühjahr hin, und der Sommer kam ins Land. Es war ein trockenenes Jahr, dass auch der tiefe Burgbrunnen nur noch wenig Wasser führte.

Da wird der Junker in einer Nacht von einem Schreien wach, und da poltert es auch schon an die Tür, und wie er die Augen aufmacht und aufspringt, sieht er einen roten Schein, der in das Gemach fällt. Das Wirtschaftshaus stand in hellen Flammen; und da liefen auch bereits die Eimer hin und her, aber da war kein Wasser, das da hätte löschen können. Und schon sprang der rote Hahn auch auf die leichteren Nebengebäude, und wenn der Harteggen sich nicht entschlossen hätte, sie niederzureißen und mit dem wenigen Wasser das Dach des Herrenhauses kalt zu halten, da wäre vielleicht die ganze Burg niedergebrannt.

Des anderen Tages steht die junge Frau am Fenster und sieht über die

leere Brandstätte hinweg die andere Seite des Burgberges hinab. "Sieh," sagt sie leichthin zu ihrem Manne, der hinzugekommen, "nun hast du auch von hier aus einen freien Blick ins Tal, wenn dir so viel daran liegt!" Das versteht der Harteggen sofort. Einen Fluch tut er: "Satansweib!"

"Die Burg wider den Hof!" sagt sie, "so sind wir quitt!" Und sie sieht ihn furchtlos an und hält seinen Blick aus.

"Donnerwetter!" sagt der Harteggen voll Erstaunen und Verwunderung. "Bist doch ein ganzes Weibsbild!" Darüber lacht sie hell auf.

So ist dem Harteggen aus dem Zorn allgemach eine Achtung vor seinem Weibe erstanden. Ihr starker Sinn hat das Böse, das zwischen ihnen gestanden, in ein Gutes gewandelt. Sie haben dann verträglich nebeneinander gelebt, und ward auch keine grosse Liebe daraus, so genügte sie doch, ihre Herzen beieinander zu halten bis an den Tod.

Wilhelm Lennemann.

Die gut beleuchtete Küche.^x

SPD. Bis heute hat sich noch kein vollwertiger Ersatz für das Tageslicht gefunden, der im Hause zu Beleuchtungszwecken angewendet werden könnte. Wir sind deshalb auf Gas und Elektrizität angewiesen. Das Gas als Beleuchtungsmittel wird allerdings durch die fortschreitende Elektrifizierung immer mehr verdrängt. Welche Lampen sind nun die zweckmässigsten, die sowohl die Stromrechnung im Sinne des Verbrauchers am günstigsten beeinflussen als auch den Anforderungen genügen können, die an eine gute Beleuchtung gestellt werden?

Die über dem Tische schwebende Lampe sendet ihre Strahlen nach allen Seiten aus. Der Schirm muss alle Strahlen auffangen und nach unten werfen. Besteht er aus weisser Seide oder Leinen, so beträgt der Nutzeffekt etwa 55 bis 60 Prozent. Milchglas und weisse Emaille, die oft für Küchenlampen verwendet wird, haben einen Nutzeffekt von 60 bis 70 Prozent, weisses Papier 70 bis 75 Prozent Metallspiegel etwa 70 bis 80 Prozent. Sehr wichtig ist die Form des Schirmes. Lampenschirme aus Stoff sollten innen mit weisser Seide oder Leinwand versehen sein, damit sie nicht zu viel Licht durchlassen und zu wenig zurückwerfen. Der Bezug darf auch nicht zu dünn sein.

Ein Kapitel für sich ist leider die Küchenbeleuchtung. Denn immer noch gibt es Küchen, in denen der Herd so ungünstig steht, dass die Hausfrau das Tageslicht ständig im Rücken hat, oder aber die elektrische Beleuchtung befindet sich nicht über dem Herd, sodass das Licht von vorn kommt, sondern die Deckenlampe ist so angebracht, dass sie Schatten wirft. Die Hausfrau hat also das zweifelhafte Vergnügen, bei der Zubereitung des Abendbrotes ständig ihren Schatten an Herd und Wand betrachten zu müssen. Kochtöpfe und Speisen sind in mystisches Dunkel gehüllt, und es ist kein Wunder, wenn Speisen überkochen oder daneben gegossen werden, wenn Gerichte anbrennen oder Zutaten nicht im richtigen Mass gegeben werden.

Jede Hausfrau, die gezwungen ist, im Schatten zu arbeiten, kennt die schädlichen Wirkungen solch mangelhafter Beleuchtung auf das Allgemeinbefinden, und besonders auf die Augen. Nur zu oft treten Schwindelgefühl und Uebelkeit auf, und manche Augenerkrankung, verbunden mit Kopfschmerzen und Schläfenstichen, verdankt ihre Entstehung der mangelhaften Küchenbeleuchtung. Immer wieder müssen die Hausfrauen deshalb fordern, dass beim Bau und der Einrichtung von Wohnungen nicht zuletzt aber auch bei der Beleuchtungsfrage, der Rat und die Erfahrung tüchtiger Hausfrauen berücksichtigt werden. Auf jeden Fall muss die Küche so gebaut sein, dass das Tageslicht nicht auf den Rücken der am Herde nantierenden Frau fällt. Die Beleuchtung durch Gas oder elektrisches Licht aber muss entweder durch eine über dem Herd angebrachte Lampe geschehen, die man mit bequemem Griff ein- und ausschalten kann, oder aber wenigstens durch einen Beleuchtungskörper, der nicht dauernd den Schatten der Frau auf den Herd wirft, also vorn oder seitlich angebracht ist. Gerade heute, im Zeitalter des Zusammenarbeitens von Hausfrau und Ingenieur, müssen sich die Frauen für dieses Ziel einsetzen, denn es ist von grösster Wichtigkeit für den Gesamthaushalt, wie die elektrische Anlage der Wohnung und vor allem die der Küche beschaffen ist.

Deutscher Reichstag

55. Sitzung vom 15. Oktober 1931.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Becker-Schlesien (Komm) die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags dahingehend, dass die Wenzeslaus-Grube bei Neurode beschlagnahmt und den Bergarbeitern zur Verfügung gestellt wird.

Die sofortige Beratung des Antrags wird abgelehnt. - Die Aussprache über die Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Simpfendorfer (Chr. soz.) wendet sich gegen die hetzerische Demagogie der Hakenkreuzler, die ihre Absicht verschleiern, absoluten Terrorismus und ein System des "Köpferollens" über Deutschland aufzurichten: Solange wir darüber keine Klarheit erlangen, können wir bei allem Willen zur Zusammenarbeit nicht für eine Machtübertragung an die "nationale Opposition" eintreten.

Abg. Dr. Dingeldey (DVP), der viele Hörer in den Saal zieht, beginnt mit der Erklärung, dass der Wandel in der Haltung seiner Partei die Hochachtung und die Verehrung vor den vaterländischen Verdiensten, dem redlichen Willen und der hohen Moral des Reichskanzlers nicht berühre. Der Mut zur Unpopularität müsste wachsen mit der Entfernung der Regierung von den politischen Parteien. Das System des Regierens mit dem Artikel 48 hat eine weitgehende Verschärfung gebracht. Man fragt die Parteien nicht, aber durch die Nichtablehnung der Verordnungen werden sie doch verantwortlich gemacht für Dinge, an denen sie nicht mitgewirkt haben. Die Verfassung reicht für eine solche Zeit nicht aus. Die Regierung hat versäumt, die psychologische Vorbereitung des Volkes für diese Massnahmen durch Heranziehung der geeigneten Kräfte zu sichern. Dazu hätte man die wirtschafts- und aussenpolitische Wahrheit schonungslos enthüllen müssen, um das Volk von der Notwendigkeit der geeigneten Massnahmen zu überzeugen, und die aufbauwilligen Kräfte heranzuziehen. Statt dessen hat man - wie im Kriege - einen Optimismus gepredigt, der nur Misstrauen erzeugt hat. Der Finanzminister hat unsere Sparanträge als unnötig bekämpft, wenige Monate danach musste die Regierung den Ausfall von hunderten Millionen Steuern zugeben. Der Reichskanzler hat es in den Verzweiflungstagen des Juni und seither an dem erlösenden Wort fehlen lassen, das zum Volk zu sprechen war. Immer mehr ist der Wirtschaft das Kapital entzogen worden. (Zuruf der Komm.: Fragen Sie mal in Holland und der Schweiz nach, wo das Kapital ist.) Wir haben eine ungeheure Fehlleitung von Kapital. (Rufe links: Wer leitet es denn? Wer verschiebt Millionen?) Die grossen Summen für Wohnungsbau etc. sind heute grossenteils totes Kapital. Gewiss hat auch die private Wirtschaft viel Schuld. (Abg. Dittmann (Soz): Das sind doch Ihre Wirtschaftsführer!) Ja, da sehen Sie, wie unabhängig ich bin. (Heiterkeit) Auch die ungeheure Auslandsverschuldung ist ein Grundfehler. Noch im Frühjahr hat der Reichskanzler die sozialistischen Anträge auf Steuererhöhung damit bekämpft, dass eine Erhöhung der Selbstkosten der Wirtschaft nicht eintreten dürfe. Aber schon die Notverordnung vom Juni hat nicht einen Steuerabbau gebracht, sondern die Lasten der Produktion und des Handels erhöht. Die Verzweiflung des Volkes nach dem Zusammenbruch der Grossbanken hätte die Regierung zu grosszügigen Massnahmen veranlassen müssen, (lebh. Zurufe links: Aber gegen wen?) statt wochenlang über Bankenkontrolle etc. zu beraten. Immer stärker hat Frankreich durch Herausziehung des Goldes aus fast allen anderen Ländern versucht, zu seiner militärischen auch die finanzielle Hegemonie zu erwerben. Dagegen müssten die wachsenden Abwehrkräfte in den betroffenen Nationen zusammengefasst und vielleicht zu einer Entscheidung geführt werden, die eine Wendung zum Besseren einleitet. Wie kann man die Privatwirtschaft für die Krise verantwortlich machen, nachdem Sie (zu den Soz) sie durch die Gesetzgebung erdrosselt haben. (Gegenrufe links: Ihr habt

doch regiert! - Sie haben es nötig, sich zu beklagen! Wie ist es denn in Amerika?) Ja, sind denn in Amerika sozialistische Grundsätze durchgeführt. (Schallende Heiterkeit links) Aber in Australien, wo die Arbeiterpartei regiert, ist schwere Krise. Es ist sehr bedauerlich, dass der Reichskanzler dieser unwahrhaftigen Hetze gegen die Privatwirtschaft nicht entgegengetreten ist, die aus Einzelvorkommnissen eine Schuld des Unternehmertums konstruiert. Die Gehaltskürzung der Beamten wiederholt sich trotz aller Zusagen immer wieder, weil man nicht durch wirtschaftliche und sozialpolitische Massnahmen, die man oft versprochen hat, den notwendigen Ausgleich schafft. Das ganze System der Preis- und Lohnbildung muss aufgelockert werden. (Rufe links: Aha! Kartelle! Generaldirektoren!) Gegen die Beamten ist man rigoros vorgegangen, aber den Lohnabbau der Gemeindearbeiter hat man auf Einspruch der Sozialdemokraten gemildert, ebenso den Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung. (Andauernde Gegenrufe links) Wollen Sie denn nicht durch einen solchen Abbau den Versuch machen, die Produktion wieder in Gang zu bringen? Warum führt man die Selbstverantwortung in der Sozialversicherung nicht durch, und warum hat man nicht schon vor Monaten versucht, die Frage der Reform des Tarifrechts auf das friedliche Gleis zu schieben? (Reichskanzler Dr. Brüning: Wir waren dicht davor, beide Parteien zusammen zu bringen, da ist uns das von einem bestimmten Teil der Industrie zerschlagen worden. - Stürmische Hört! Hört! - Rufe links.) Die Sozialdemokratie vereitelt jede friedliche Lösung. Der Reichskanzler hat bedauert, dass ein nationales Konzentrationskabinett nicht möglich sei; ich habe ihn beschworen, mit diesem Plan vor das Volk zu treten, um festzustellen, wer sich dem versagt. Heute stehen die sozialistischen Massen da, deren Ideen durch diese Krise widerlegt sind (Grosse Heiterkeit links), und die fanatische Bolschewisten, die den Staat zertrümmern wollen. Auf der anderen Seite sehen wir das nationale Aufwallen. Diese Kräfte müsste man organisatorisch einfangen statt sie in hoffnungsloser Opposition zu lassen. Leider haben die Redner der Rechten ein Programm für den kommenden Winter nicht entwickelt, sondern leidenschaftlich mit der Vergangenheit gerechnet. Wir fordern ein klares Wirtschafts- und Steuerprogramm. Wir rücken von unseren Anschauungen nicht ab. Wir wollen weiter die Brücke sein von den verantwortlichen Stellen des Staates zu den herandrängenden Massen, die gewonnen werden sollen für verantwortliche Mitarbeit. (Abg. Torgler (Komm): Sie scheinen der Verwalter der Brockensammlung werden zu wollen! - Grosse Heiterkeit) Der Redner schliesst mit der Erklärung, dass zur Fortführung des von ihm kritisierten Systems seine Fraktion dem Reichskanzler nicht das Vertrauen aussprechen könne.

Abg. Dr. Leicht (Bayer.VP) spielt auf Dingeldey so an: Erwarten Sie nicht dass ich Brücken baue, die schon einstürzen, bevor sie fertig sind. (Sehr gut) Notwendig ist in dieser Zeit schleunige Inangriffnahme der Winterhilfe. Freilich eine Winterhilfe nur für diejenigen, die das Hakenkreuz oder Stahlhelmsabzeichen tragen, hat mit christlicher Nächstenliebe nichts zu tun. (Zurufe rechts: Herr Prälat, Sie haben das Christentum mit Löffeln gefressen! - Präsident Löbe rügt diesen Zuruf.) Der Verständigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern wird nicht dadurch gedient, dass die Unternehmerverbände vorher ein Ultimatum veröffentlichen, dem dann die Gewerkschaften ein Ultimatum entgegensetzen. Die Notverordnungen dürfen nicht benutzt werden, um in allen möglichen Fragen die Länderhoheit zu verletzen. Eine Regierung, die nachmals eine Inflation herbeiführen wollte, würde mit Recht vom Volke weggefegt werden. Wenn Dr. Oberföhrer unter Hinweis auf Harzburg davon sprach, dass dort Leute gewesen seien, die für eine Idee ihr Leben lassen wollten, so weise ich hin auf den Stifter der christlichen Religion, der für seine Idee sein Leben liess. Es brennt im deutschen Vaterlande. Der Reichskanzler hat uns alle zum Löschen gerufen. Da sollten wir in christlicher Liebe zusammenarbeiten, und da müssen wir uns gegen diejenigen wenden, die bei dem Rettungs-

werk die Schläuche zerschneiden wollen. (Beifall)

Abg. Dr. Weber (Staatsp.): Die NS fehlen hier wohl, damit ihre Leute nicht aus den Reden des Reichskanzlers und der Redner anderer Parteien etwas lernen, jedenfalls entziehen sie sich der Verantwortung für ihre Versammlungshetze. Die Handhabung der Presseverordnung ist vielfach zu beanstanden. Die Regierung sollte von der Presse und dem Radio mehr Gebrauch machen - freilich nicht so, wie letzthin, als ein Regierungsvertreter die Feingoldverordnung so "erläuterte", dass kein Mensch sie verstehen konnte. Dingeldey hat nichts über das Programm seiner Verbündeten, der NS gesagt und ebensowenig über die sinnlose Autarkie - wie das scheussliche Schlagwort lautet -, die Hugenberg vorschlägt. Wir danken für eine Terror- und Inflationsregierung nach Muster Harzburg und begrüßen den gleichgerichteten Beschluss des Zentrums. Dr. Schacht hat mit seiner Rede, deren Schädlichkeit ihm als Bankfachmann vollkommen bewusst sein musste, sich Anhang unter den Leuten schaffen wollen, die ihn bis zu seiner Amtsniederlegung auf das Gehässigste angegriffen haben. Die deutsche Republik ist gegen ihre Todfeinde viel zu geduldig, sie lässt auch die ehemaligen Fürsten auf Kosten des Volkes leben, die dann gegen die Republik Sturm laufen. Aus der Osthilfe hat man unter Treviranus Leitung Grossindustriellen Hypotheken gegeben, während sie doch für kleine Leute bestimmt ist.

Abg. Döbrich (Landvolk) kündigt die Zustimmung seiner Freunde zu den Misstrauensanträgen an, obwohl sie mit mehreren Punkten der Regierungserklärung einverstanden sind. Aber auch sie wünschten eine "nationale" Regierung und seien überzeugt, dass der gegenwärtige Reichskanzler in jeder kommenden Regierung den seiner Bedeutung entsprechenden Platz einnehmen wird.

Abg. Ziegler (SAP) spricht gegen die Politik der SPD, die schwächlich und erfolglos sei und durch entschiedenen Klassenkampf ersetzt werden müsse. Der reaktionären Regierung Brüning könnten Friedensfreunde nicht Kriegsmittel bewilligen. Wegen Widerstandes gegen diese Politik habe man ihn und seine Freunde aus der S.P.D. ausgeschlossen, aber seine Partei werde schon in einigen Monaten (Zuruf der Kom.: gestorben sein) eine Massenpartei sein. In einer Woche habe sie in Breslau ohne eigene Presse 200 Neubetriebe. (Heiterkeit der Soz.) Nach Ausführungen gegen den Kapitalismus, gegen die Verantwortung der Arbeiterklasse für den heutigen bürgerlichen Staat und gegen die demokratischen Illusionen, dass nach und nach der sozialistische Staat werde und nach Ablehnung der Notverordnungen schliesst der Redner mit einer Verurteilung der Regierung Brüning.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Hinter dem falschen Vorzeichen einer "nationalen" Opposition verbirgt sich die organisierte Vorbereitung eines tödlichen Vernichtungskampfes gegen die deutsche Arbeiterklasse. Mit dem Kampf gegen den Marxismus meint man den Angriff gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten, der nun in sein entscheidendes Stadium eingetreten ist. Zur Verteidigung des sterbenden Kapitalismus fühlen sich jetzt diese Auchsozialisten berufen. Was den gelben Werkervereinen, die die Unternehmer einst gezüchtet haben, nicht gelungen ist, weil die Klassengegensätze auch die "wirtschaftsfriedlichen Vereine" in die Front der Arbeiter gestellt haben, was den gerichtlichen und polizeilichen Kampf der Vorkriegszeit gegen die Gewerkschaften nicht gelungen ist, das soll nun durch die neue Form des Faschismus erreicht werden. Im neuen demokratischen Staat hat die Arbeiterschaft bedeutsame Errungenschaften sich geholt (lärmende Gegenrufe der Kom.), von denen heute Sie Gebrauch machen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der demokratische Kampfboden soll nun der Arbeiterschaft geraubt werden, nachdem der Kappputsch und die Versuche von 1923 an der einigen Abwehr des Proletariats gescheitert sind. (Lärmende Gegenrufe der Kom.)

Jetzt versucht der Faschismus, dessen Vertreter mir nicht zuhören dürfen, um die Wahrheit nicht zu hören, die verzweifelnden Massen vor den Wagen

des Unternehmertums zu spannen. Dieser Faschismus hat sich entwickelt durch die Schwäche jenes Bürgertums, das heute durch Herrn Dingeldey sich vertreten lässt. Milliarden sind dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft infolge des Wahlausfalls vom September v.J. verloren gegangen - die 107 Mann, die damals hier hineingewählt wurden, sind wahrhaft kostspielige Persönlichkeiten geworden. (Sehr wahr! links und in der Mitte). Die Sozialdemokratie hat die Gefahr erkannt und in der Abwehr des Faschismus die deutsche Arbeiterklasse auf eine harte Nervenprobe stellen müssen. Heute ist es die Aufgabe jedes ehrlichen Arbeitervertreters (Hohnlachen der Kom.), alle Kraft daran zu setzen, um den Faschismus draussen zu halten. Dazu genügen allerdings nicht Reden gegen seine Führer; dazu ist vor allem auch eingehende Kritik dieser Gesellschaftsordnung nötig. Herr Frick hat in seiner ganzen Rede nicht ein Wort der Kritik an dieser Gesellschaft gesprochen, die diese Not verursacht hat. Weit über die Sozialdemokratie hinaus wird diese Kritik heute geübt. Professor Bonn hat in einer Arbeit über die "Deflation der Panik" das volle Versagen der Wirtschaftsführer festgestellt. Diese Krise drängt nach einer neuen gemeinwirtschaftlichen Regelung der Produktion. Die Julikrise fordert ausserdem Regelung der Kapitalverteilung und vernünftige Leitung der Kapitalströme. Wer ist mehr schuld als Herr Schacht, dieser Matador des Faschismus, an der Ueberladung Deutschlands mit kurzfristigen Krediten? Er hat den Gemeinden die Erlangung langfristiger Kredite gesperrt und alles getan, um die Kreditfähigkeit Deutschlands im Auslande zu zerschlagen.

Selbstverständlich fragen sich die ausländischen Kreditgeber nach der Sicherheit ihres Geldes, wenn bei uns jeden Sonntag Stahlhelmtage und andere Kundgebungen des Willens zum Kriege vor sich gehen. (Sehr wahr! links und in der Mitte) Herr Oberfohren hat von dem Leiden der Wirtschaftsnot gesprochen, aber kein Wort von Nordwolle und Iahusen. Er sprach von dem Pumpsystem, aber nichts davon, dass Hugenberg mitten drin sitzt, derselbe Hugenberg, der Kredit von der Danatbank nimmt, die sich Bürgschaften vom Reich geben lässt. Herr Hugenberg ist ja sonst kein Feind von Transaktionen und Bankgründungen. Oder war er etwa 1926, als seine Landbank zusammenbrach, ein Marxist? Den Kunden seines Kreditvereins hat er den Kauf von Aktien seiner anderen Unternehmungen mit der Begründung empfohlen, dass nach der Annahme des Youngplans die Geschäftsaussichten sich bessern würden. (Lebh. Hört! Hört! links und in der Mitte)

Wenn im Juli die Bankherren sich verzweiflungsvoll um Staatshilfe bemühten, so muss die Konsequenz sein, dass der helfende weitgehende Einfluss auf die Banken, eingehende Kontrolle und schliesslich die Banken selbst in seine Hand bekommt. Die Ansätze zur Bankaufsicht in der jüngsten Notverordnung sind unzureichend. Wir haben Erweiterungsvorschläge gemacht. Unaufschiebbar ist eine fühlbare Preissenkung, ferner die Anwendung des bestehenden Kartellgesetzes und seine Ausdehnung. Die Senkung der Kartellpreise ist die Voraussetzung für eine wirksame Verbilligung der Lebensmittel. Die Preisklausel des Brotgesetzes, sowie diejenige für den Zucker müssen durchgeführt und auf dem Getreidemarkt eine erhebliche Verbilligung der Futtermittel herbeigeführt werden. Es ist ein Fortschritt, dass unter unserem Einfluss mit der Reform des Aktienrechtes begonnen wurde, wogegen sich der Hauptsturm der sogenannten nationalen Opposition auf das Kabinett Brüning richtet. Auch diese Reform muss wesentlich erweitert werden. Als Exponent der Versager vom Juli und der Gegner jedes staatlichen Einflusses auf Banken, Börse und Wirtschaft hat sich Herr Dingeldey zum Opfer der eigenen Partei für die Abwendung auch des leisen Umbaus der heutigen Wirtschaftsordnung bereit erklärt. Die Grossindustrie hat Herrn Dingeldey befohlen, sofort die Koffer der Volkspartei zu packen und ungesäumt die Reise von Brüning zu Hugenberg anzutreten. Wie weit diese Reise zurückgelegt wird, ist noch nicht sicher, dafür aber, dass die Deutsche Volkspartei auf ihrem Tiefpunkt angelangt ist. (Zustimmung). Als Dingeldey zum Nach-

folger eines Stresemann bestimmt wurde, äusserte sich ein alter Darmstädter Volksparteiler darüber so: "Der klane Dingeldey, das Stückche Malheur." (Heiterkeit) Er hat Dingeldey Unrecht getan, das ist schon ein grosses Malheur. (Zuruf rechts: Für Euch! Heiterkeit links) Er hat hier von seinem grossen Mut gesprochen. Aber was ist das für ein Mut, wenn man seit 1923 ständig mit regiert hat und nun alles als falsch erklärt und jede Verantwortung dafür ablehnt. Das sind die Leute, die uns ins dritte Reich führen wollen. Der Lohnabbau und der Tarifabbau gehen ihm nicht weit genug. Von den Arbeitern verlangt man Selbstverantwortung, damit sie keine Sozialversicherung brauchen. Wo bleibt denn die Selbstverantwortung der Wirtschaftsführer und Bankgewaltigen, die ihre Unternehmungen ruinieren, und das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft in der ganzen Welt erschüttern? (Sehr wahr! links) Herr Dingeldeys Hinweis auf das "gefesselte Deutschland", das übrigens die Krise mit allen Siegerstaaten und neutralen Ländern teilt, kann nur die Atmosphäre des Vertrauens in der Welt wieder zerstören, das die Sozialdemokratie und zum Teil auch Stresemann mühsam hergestellt haben. Die angeblich so hohen Löhne sollen für die Krise verantwortlich sein. Aber war nicht die Kapitalbildung in Deutschland 1927 bis 1929, als die Löhne stiegen, besonders gross? Er fordert scharfstes Vorgehen gegen alle Staatsfeinde und zugleich rutscht er auf den Knien vor Frick und Oberfohren; die NS will er erziehen - ich glaube, das kostet die Deutsche Volkspartei allerhand Schulgeld! (Heiterkeit) Die Brücke zwischen Dingeldey, den NS und den Deutschnationalen - das ist die Inflation. Alles Leugnen hilft nichts. Wenn jemand ein Verdienst an der Inflation hat, dann war es der spätere deutschnationale Führer Helfferich. Im Kriege hat er hier den englischen Finanzminister, der Deutschland mit silbernen Kugeln bezwingen wollte, das Wort von den deutschen papiernen Kugeln zur Antwort gegeben. Als in der Inflation durch Steuern eine Hilfe geschaffen werden sollte, war Helfferich dagegen, weil der Grundbesitz zermalmt würde. Durch die Inflation aber sind die kleinsten Betriebe zermalmt worden. Die Binnenwährung Hugenbergs, das Federgeld der NS, die Schuldenminderung der Grossindustrie, das alles sind nur andere Worte für eine Inflation, die die Sparer und Kleihrentner zu Bettlern macht, die Arbeiter und Angestellten zwingt, umsonst zu arbeiten und die völlige Zerschlagung der Sozialversicherung bedeutet. Herr Frick hat alle möglichen Leute für die frühere Inflation verantwortlich gemacht. Warum erzählt er nicht, wie eine arme Frau, die Mutter mehrerer Kinder, die den Anmeldestermin für die Aufwertung versäumt hatte, zum Reichspräsidenten Dr. Schacht gekommen ist und ihn gebeten hat, ihr doch nachträglich noch die Aufwertung zuzusprechen; da hat Herr Schacht, der Mann mit einem 200 000 Mark Gehalt geantwortet, dass er weder rechtlich noch moralisch sich dazu für verpflichtet halte. (Stürmische Hört! Hört!-Rufe links und in der Mitte.) Da haben Sie die Moral des dritten Reiches. (Sehr gut!)

Von den Fragen des Tarifrechts und der Sozialpolitik hat Frick nicht mehr gesagt, als die Andeutung, dass Korporationen etwa nach italienischem Muster eingeführt werden sollen. Von all' den Versprechungen der NS bei der Reichstagswahl für die Kriegsrentner und Unterstützungsempfänger kein Wort! Da war Oberfohren etwas klarer. Er hat offen den Kapitalismus verteidigt, ohne dass die NS widersprochen hätten. Die armen SA-Leute und alle Proletarier, die mit den NS gehen, sollen nichts anderes sein, als Kanonenfutter für den Kapitalismus. In einer Schrift über den deutschen Faschismus hat der den NS nahestehende Professor Hans Freier (Leipzig) von dem aktiven Nichts gesprochen, das der Sieg des Faschismus im ersten Augenblick bedeute. Dieses aktive Nichts ist das Programm der NS, wenn sie glauben sollten, Arbeiterinteressen Arm in Arm mit den Kapitalisten vertreten zu können. Dieses aktive Nichts ist die faschistische Betriebsamkeit, ist die Harzburger Resolution, ist die Erklärung

Fricks hier im Reichstag. Was haben die 107 an Taten hier geleistet, auf die ihre Wähler gewartet haben, was haben sie getan, um das grosse soziale Hilfswerk zu fördern? Weggelaufen sind sie aus dem Reichstag. Das Parlament hat man lahmgelegt, das die Notleidenden in dieser Zeit mehr brauchen, als je. Notverordnungen sind die Folge davon, dass eine so grosse Fraktion ihre einfachsten parlamentarischen Pflichten versäumt hat. Der Sozialdemokratie allein bleibt es überlassen, an den Notverordnungen die notwendigen sozialen Korrekturen vorzunehmen. Das haben wir getan und werden es auch bei der Oktoberverordnung tun. (Der Redner verweist auf die Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion, um die Richtung dieser Korrekturen zu kennzeichnen.) Ein Teil der jüngsten Notverordnung riecht nach Harzer Käse, dort nämlich, wo den Ländern und Gemeinden die Vollmacht erteilt wird, die Fürsorge noch weiter auszubauen. Wir fordern, dass eine Reform der Sozialpolitik nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung erfolgt, was die Reichsregierung auch wiederholt zugesagt hat. Das Schicksal lebender Menschen darf nicht wieder in die Hand der Ministerialbürokratie gelegt werden, die sich in den Notverordnungen genügend ausgetobt hat. Wo bleibt die nationale Opposition bei diesen Aufgaben? Hugenberg will keine Sozialversicherung, er will Sparrzwang. Herr Schacht hat am 14. Februar 1930 auf der Schaffer-Mahlzeit in Bremen, Arm in Arm mit seinem Freund Lahusen die Sozialversicherung verhöhnt, in dem er Deutschland als das Ideal des Sozialrentners bezeichnet hat, wo schon dem Neugeborenen sämtliche Versorgungsscheine einschliesslich der Sterbekasse in die Wiege gelegt würden. (Entrüstungsrufe links und in der Mitte.) Dieser Hohn gegen die Arbeiter - das ist Ihr (nach rechts) Sozialismus.

Für den Abbau der Riesengehälter in der Privatindustrie reicht die Notverordnung nicht aus, an diese hohen Einkommen muss man durch Besteuerung herangehen, die Verträge werden nicht geändert werden. Ich hatte noch immer die Hoffnung, dass die Arbeiterelemente unter den NS sich gegen den Anschlag des Unternehmertums auf die Sozialpolitik aufbäumen würden, denn es geht darum, ob die deutsche Arbeiterklasse ihrer kollektiven Grundlage beraubt werden soll. Das ist der Sinn der Angriffe auf das Tarifrecht, man will die Tarife durch "elastische Gestaltung" noch kurzfristiger machen, die Lauf- und Kündigungsfristen noch mehr abkürzen. Die Gewerkschaften aber werden sich ihrer Pflicht bewusst bleiben. Im Kollektivismus ist die deutsche Arbeiterklasse gross geworden. Diese Arbeiter und Angestellten, Beamten und sonstigen Schaffenden sind durch die Schule der Organisation gegangen. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte die Panik der sogenannten Wirtschaftsführer im Julizusammenbruch auf das ganze deutsche Volk übergegriffen. Die Massen wissen, was die Gewerkschaften, sie wissen, was das Kollektive Empfinden nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für den Staat bedeuten. Wir sind hier nicht in Italien, hier gibt es nur ein Entweder-oder: entweder die Gewerkschaften werden als Machtfaktor im Staate anerkannt, oder wehe dem Staate und der Gesellschaft, die den Gewerkschaften ihre kollektive Basis zu rauben suchen. Wir warnen die Regierung und auch die sogenannte nationale Opposition, den Kampf gegen die Tarifverträge aufzunehmen, der der Kampf gegen die Solidarität und das kollektive Empfinden der Massen überhaupt wäre.

Wir wissen, auch die Verfassung von Weimar hat den Arbeitern nicht das Paradies gebracht, wohl aber hat sie die Möglichkeit der kollektiven Kraftentfaltung gegeben. Wir bedauern, dass die Reichsregierung das Tarifrecht der öffentlichen Arbeiter eingeschränkt hat und diese Möglichkeit durch die neue Notverordnung auch auf die gemischtwirtschaftlichen Betriebe ausdehnt. Die Frage, ob die Arbeitenden ihren Kampfboden erhalten, als Masse ihr Schicksal gestalten können, das ist der Schlüssel der politischen Situation in Deutschland, und das ist die Erwägung, von der die Sozialdemokratische Fraktion alle ihre Entscheidungen abhängig macht. Es ist kein Zufall, wenn die

Gewerkschaften aller Richtungen hier zusammenstehen, von den freien Gewerkschaften bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Längst haben sich die deutschnationalen Gewerkschaftler von Hugenberg losgesagt, die Gewerkschaftsvertreter der Deutschen Volkspartei versagen Herrn Dingeldey die Gefolgschaft, und nur noch in einer Partei, nur bei den NS sitzen noch Arbeitervertreter, die noch nicht begriffen haben, worum es geht. Diese Gewerkschaftsfront wird in der nächsten Zeit immer enger werden. Es ist nicht revolutionär, sich im Hauen und Stechen zu üben - in diesem Augenblick ist revolutionär nur, wer bereit ist, die organisatorische Kraftentfaltung der deutschen Arbeiterklasse zu stützen. Wir warnen auch die Kommunisten, in dem Augenblick, wo der Marsch von Harzburg nach Berlin angekündigt wird, in diesem Augenblick ihre Truppen dem Klassenfeind zuzuführen, wie beim Volkentscheid. (Hohngelächter der Kom., einer von ihnen ruft den Sozialdemokraten zu: "Es geht Euch nicht mehr so, wie beim Kapputsch, darauf könnt Ihr Euch verlassen!") Wenn durch Eure Hilfe Hugenberg und Hitler siegen, dann wird Euch der Fluch der Arbeiter treffen. Wir stehen hier vor der parlamentarischen Entscheidung, ob der Arbeiterschaft die Möglichkeit erhalten bleibt, ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen. Zwingt man uns, den Kampf ausserparlamentarisch zu führen - die Sozialdemokratie treibt nicht zum Bürgerkrieg - aber wenn es hart auf hart kommt, dann werden die Arbeiter zu kämpfen wissen. Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse nur eine Kraft und eine Zuversicht, das sind ihre Organisationen. Darum geht es heute, und in diesem Sinne geht es heute mehr denn je um die organisatorischen und kollektiven Grundlagen der deutschen Arbeiterbewegung. Wer in diesem Augenblick die Organisation der Arbeiterschaft zu schwächen versucht, der übt Verrat. (Geschrei der Kom.) Wer diese Organisation anzugreifen wagt, den schlagen wir. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Abg. Heckert (Kom) erklärt, dass seine Fraktion alle ihre Mitglieder telegraphisch nach Berlin beordert hat, die gesamte Fraktion werde geschlossen gegen die Regierung Brüning stimmen.

Nach 7 1/2 stündiger Sitzung wird die Weiterberatung auf Freitag, 12 Uhr vertagt: Vorher Erledigung der Petitionen von Kriegsbeschädigten.

Abg. Trick (Natsoz.) hatte die Absetzung dieses Punktes beantragt, zog aber nach eindringlicher Befürwortung dieser Beratung durch Abg. Mumm (Chr. Soz.) seinen Antrag zurück.

Ein kommunistischer Antrag, die als Punkt 3 vorgeschlagene Erledigung der Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten wird angenommen.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 15. Oktober 1927.

Zu Beginn der Donnerstagsitzung des Preussischen Landtages fordert Abg. Kerff (Komm.) die sofortige Freilassung des im Bombenlegerprozess zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilten Bauernführers Claus Heim, der gegenwärtig im Zuchthaus Celle seine Strafe verbüsst. Das kommunistische Verlangen, einen entsprechenden Antrag sofort zu verhandeln, scheidet am Widerspruch der Sozialdemokraten. Sodann wird die politische Aussprache über die Misstrauensanträge gegen das Staatsministerium usw. fortgesetzt.

Abg. Stendel (DVP) erklärt, dass seine Fraktion den Misstrauensanträgen zustimmen werde. Die Worte des Reichskanzlers, dass das Volk in der heutigen Notzeit zusammenzufassen sei, unterstreicht der Redner, betont aber, dass man dann die Gegensätze im Volke nicht vertiefen dürfe. Das tue aber die heutige Politik in Preussen. So habe man z.B. gegen die Gottlosenbewegung schöne Worte gehört, Taten der Regierung seien ihnen aber nicht gefolgt. Man dürfe nicht bloss eine Politik zu Gunsten der Parteien treiben, die hinter der Regierung stehen. Es gehe nicht an, dass bei Stellenbesetzungen immer die Katholiken und Dissidenten bevorzugt würden. (Unruhe im Zentrum). Die Massregelung von Beamten und Polizeioffizieren wegen ihrer Beteiligung am Volksentscheid widerspreche der Verfassung und der Erklärung des Preussischen Innenministers im Landtag.

Abg. Keller (Landvolk) betont, die preussische Bevölkerung empfinde es allmählich als eine Gefahr, wie die Staatsregierung mit den verfassungsmässigen Rechten umspringe. Der vom Minister befürworteten Auflösung der Selbstschutzverbände könne das Landvolk nicht zustimmen, da es den staatlichen Schutz für das flache Land in Zeiten der Gefahr nicht als ausreichend erachte.

Abg. Riedel (Staatspt.) dankt namens seiner Fraktion dem bisherigen Finanzminister Dr. Höpker Aschoff für seine Tätigkeit, die dem Gesamtwohl des Volkes gedient habe. Wenn der Abg. Steinhoff (Dnat.) Schachts Harzburger Wort von den "raffenden Politikern" zitierte, solle er sich die ausserplanmässigen Ausgaben Preussens ansehen, über die jetzt der Hauptausschuss zu beraten habe. Dort finde sich z.B. ein Posten von 223 000 RM, der auf dringenden Antrag der Generalverwaltung des vormaligen Königshauses durch die Staatskasse zur Auszahlung gelangt sei. Daraus erkenne man, wo "raffende" Leute sässen. Der Redner tritt u.a. ein für baldige Lösung der Reichsreform und verweist in seiner Polemik gegen die Deutschnationalen u.a. darauf, dass die von diesen jetzt erstrebte Bismarck'sche Verfassung damals in den Konservativen ihre stärksten Gegner gehabt habe.

Abg. Leonhardt (W.P.) verlangt tatkräftiges Herangehen an die Reichs- und Verwaltungsreform und sparsameres Umgehen mit den Steuergroschen, insbesondere zugunsten des gewerblichen Mittelstandes. Die Gemeinden hätten nicht 500 Millionen, sondern nicht weniger als eine Milliarde Defizit, weil man die Lasten der überspannten sozialen Gesetzgebung einfach den Gemeinden aufgebürdet habe.

Abg. Kliesch (Christl. Soz. Volksdienst) beschwert sich über die preussische Personalpolitik. Die evangelischen Volksgenossen hätten das Empfinden, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Auch bei der Einziehung von Schulstellen sei der evangelische Volksteil benachteiligt worden. Unter diesen Umständen sei es natürlich, dass sich das Misstrauen seiner Freunde gegen die Staatsregierung weiter verstärkt habe.

Abg. Leinert (Soz.):

Wir begehen jetzt ein Jubiläum. Es ist zurzeit zum 25. Male von den

Rechts- oder Linksbolschewisten beantragt worden, der gegenwärtigen Staatsregierung das Vertrauen zu entziehen. Da das Schicksal solcher Anträge immer schon vorher feststeht, ist dieses Spiel nicht nur langweilig, sondern auch lächerlich. Die Rechts- und Linksbolschewisten haben dabei nur eins gemeinsam: die politische Rohheit.- Der Redner zitiert hierfür Ausserungen der Nationalsozialisten vom Köpfe-Rollen, von der bevorstehenden "Macht der langen Messer" usw. Besonders wendet er sich gegen die Polizeibehörde von Hameln, die dem Innenministerium die falsche Auskunft gegeben habe, sie wisse nicht, wer jenes nationalsozialistische Flugblatt zum Volksentscheid herausgegeben habe, in dem u.a. dazu aufgefordert worden war, bamentlich aufgeführte Sozialdemokraten "zusammenzuschliessen". Er verlange, dass die Regierung mit aller Macht die nationalsozialistischen "Nester" in der Polizei ausräume. Die Aufforderung zum politischen Mord lasse die Uebereinstimmung von Kommunisten und Nationalsozialisten erkennen. In Köln z.B. sei durch kommunistische Flugblätter zur Ermordung des Polizeipräsidenten Bauknecht aufgefordert worden. In Berlin habe die K.P.D. die Parole ausgegeben: Für jeden erschossenen Arbeiter werden zehn Schupos erschossen. So fänden sich diese "rauen Kämpfer" bei Nazis und Kommunisten in traurem Verein zum politischen Mord zusammen. Der Abg. Grobis (Komm.) habe am selben Tage Stimmenthaltung zum faschistischen Stahlhelm-Volksentscheid proklamiert, an dem die K.P.D.-Zentrale den Anschluss an diese Aktion befohlen habe. Die Rechtsparteien, von der "Roten Fahne" als Grosskapitalisten, Junker und Faschisten beschimpft, seien zum Volksentscheid gegangen mit der Parole: Holt die rote Fahne nieder, wir wollen unser altes Preussen wieder! Dafür hätten die Kommunisten mitgestimmt (Lärm b.d.Komm.). Ein grösserer Verrat an den Werktätigen sei garnicht denkbar (Sehr wahr! b.d. Soz.)-Den Dank an die Mithilfe der Deutschen Volkspartei habe Hitler in die Worte gekleidet, die nationalen Bürger hätten sich geschlagen wie die Säue und seien ausgerissen wie Schafleder (Heiterkeit). Die Deutsche Volkspartei habe früher einmal, als sie noch liberal gewesen sei, einen Abg.v.Eynern gehabt. Der sei einmal im Kladderadatsch abgebildet gewesen mit der Unterschrift, die D.V.P. bestehe aus Eynern und vielen Nullen. Jetzt, nachdem Eynern aus der D.V.P. ausgetreten sei, könne sich jeder selbst überlegen, was von der D.V.P. noch übrig geblieben sei (Heiterkeit; Zuruf des Abg. Stendel (D.V.P.)-Gegehruf links: Ober-Null!). Wie die Nationalsozialisten über die Deutschen nationalen dächten, ergebe sich aus einem nationalsozialistischen Gedicht, in dem Hugenberg ein "schieligmieser Zwerg" genannt werde. Nach der Harzburger Tagung hätte ein schöner Harz-Spruch eine Umwandlung erfahren; der Spruch: "Es grüne die Tanne, es wachse das Erz, Gott schenke uns allen ein fröhliches Herz!" sei nunmehr so umgewandelt worden: "Es grüne die Tanne, es wachse das Salz, Gott halte uns allen den Hitler vom Hals!" (Heiterkeit und Beifall). Die kommunistische Rote Gewerkschafts-Opposition diene nur dazu, die Macht der Gewerkschaften zu brechen, damit es den Rechtsparteien leichter falle, die Erwerbschaften der Arbeitnehmer zu beseitigen (Lärm b.d.Komm.). An die gesamte Arbeitnehmerschaft appelliere daher die S.P.D., einig zusammenzustehen zur Abwehr dieses Anschlages von Kapitalisten und Kommunisten.

Die Behebung der Wirtschaftskrise sei nur möglich bei internationaler Verständigung aller Völker, und die sei von den Rechtsparteien von jeher abgelehnt und bekämpft worden (Beifall links.). Der Redner meint, dass eine Nachprüfung ergeben würde, dass Viele von denen, die trotz der 100 Mark-Gebühr in der kritischen Zeit ins Ausland gefahren sind, sich in der Schweiz und in Holland bei den Banken angereicht haben, um das in Deutschland so nötige Kapital zu verschieben. Die Repräsentanten dieser Leute hätten jetzt wieder den Harzburgern zugejubelt. Diese Leute seien es auch, die die Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten, sogar die Kommunisten finanzierten, weil sie den Staat hassten, der sie unterstütze und dessen Geld sie vergeudeten. Wenn das Ziel

der Rechten und der Kommunisten der Bürgerkrieg sei, zu dessen Vorbereitungen auch mit gemeinen Anschuldigungen gegen Brüning gearbeitet werde, dann sollten sich diese Parteien überlegen, dass die Kapitalisten in der Minorität sind. Die S.P.D. richte an alle anständigen Menschen die Mahnung, mitzuhelfen, dass Preussen und damit Deutschland gerettet werde. (Beifall b.d. Soz.! - Lachen rechts.).

Abg. Borck (Dtn.) weist den Vorwurf des Landesverrats gegen seine Partei durch den Vorredner zurück. In Sachen des Landesverrats sei allerdings die Sozialdemokratie sachverständig. (Grosse Unruhe bei den Soz. Zurufe: das sagen die Harzburger Hochverräter.) Die Sozialdemokraten predigen den Klassenkampf und wollen sich scheinbar mit den Kommunisten verständigen. Die Deutschen nationalen hätten nur deshalb Anträge der Regierungsparteien übertrumpft, um sie ad absurdum zu führen. Die Revolution sei bewusste Meuterei gewesen, ein Verbrechen am Volke. (Grosser Lärm! b.d. Soz.) Statt dem Volke Brot und Freiheit zu bringen, habe man es betrogen. Das Festhalten an den Tarifverträgen sei ein Unglück (Hört! Hört! b.d. Soz.) Im übrigen sei die Währung bereits im Verfall. Das Zentrum habe immer aus der Politik ein Geschäft gemacht. Mit Angst sehe man jetzt, dass die Harzburger Tagung der Ausdruck einer Volksbewegung sei. Diese werde die Interessengemeinschaft des Landtages hinwegfegen.

Abg. Dr. Ausländer (Kom.) kritisiert die Sparmassnahmen und besonders den Lehrerabbau. Nur in der Sowjet-Union habe man die Grundlage für sozialistische Erziehungsarbeit geschaffen. Das kapitalistische System müsse sterben, damit die Kinder leben können.

Abg. Prelle (Dt. Frakt.) sieht in der Aufrechterhaltung der Familie den besten Schutz des Kindes, denn in der Sowjet-Union sehe es anders aus als es der Vorredner geschildert habe. Wenn im Interesse der deutschen Einheit Preussen dem Reiche Platz machen wollte, wäre das eine Grosstat. Wegen der Notverordnungen würden seine Freunde den Misstrauensvoten zustimmen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr vertagt.
